Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 200 000 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend
8. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5060—68. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 2 700 000 ℳ für die Woche vom 9.—15. Sept.

Im Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung. Angebotpreis für Anzeigen 400 000 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

8. 9. m Nr. 415 200 000
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Wahrheit.

Der folgende Artikel ist uns von besonderer Seite zugegangen. Die furchtbare Lage des Reichs hat hier einer Persönlichkeit die Feder in die Hand gedrückt, deren gebrängter Pflichtenkreis ihr sonst nicht gestattet, in der Presse das Wort zu ergreifen.

Seit neun Jahren lebt Deutschland vom Ausbreckauf seiner Werte. Das Ende dieses Ausbreckaufs ist gekommen. Die Mark ist wertlos.

Als der Krieg ausbrach, verfügte Deutschland über etwa 20 Milliarden zinsbringender Investitionen im Ausland. Diese Investitionen sind zum Teil im Kriege verbraucht, zum größten Teil durch das Diktat von Versailles genommen oder in der Not der Nachkriegszeit veräußert worden. Heute besteht bei allen objektiven Sachkundigen selbst auf der Ententeseite kein Zweifel, daß Deutschland auch ohne die Verpflichtungen aus dem Versailler Diktat überschuldet ist und vom Ausland weniger Einnahmen aus Gutshaben und Investitionen besitzt, als es an Zinsen für Schulden und Investitionen von Ausländern in Deutschland zahlen muß.

Die Zahlungs- und Lebensfähigkeit Deutschlands ist daher ganz allein abhängig von seiner Außenhandels-Zahlungsbilanz. Ist diese nicht aktiv, so muß ein Teil des deutschen Volkes verhungern oder mindestens seine Leistungsfähigkeit durch Unterernährung vermindert sehen. Dann geht der Verfall unseres Volkes unaufhaltsam weiter, denn verminderte Leistungsfähigkeit bedeutet in kurzem verschlechterte Außenhandels-Zahlungsbilanz.

Im Juni 1923 wurde in den Vereinigten Staaten eine außerordentlich interessante wissenschaftliche Arbeit vom Carnegie Institute of Economics herausgegeben. („A Study of the Reparation Problem. Germany's Capacity to pay". Harold G. Moulton and Constantin E. Mc. Guire.) Man darf annehmen, daß diese Arbeit — deren weitestes Bestreben die Regierung in Deutschland veranlassen sollte! — daß diese Arbeit zum Teil auch die amerikanische Regierung und Finanzwelt sowie deren Stellungnahme gegen Hilfe in Europa beeinflußt. Die Untersuchung, die Deutschlands Leistungsfähigkeit eben noch überschätzt, kommt zu dem Ergebnis, daß Deutschland überhaupt erst wieder lebensfähig wird, wenn der Export den Import übersteigt, ein Verhältnis, das erst bei 14 Goldmilliarden-Export überhaupt eintreten kann! Solange also Deutschland nicht seinen vor der Ruhrbesetzung auf 6 Milliarden Gold begrenzten Export auf 14 Milliarden steigert und demnach 8 Milliarden mehr Exportware fabriziert, so lange kann die deutsche Bevölkerung nicht leben. Erst durch den Exportüberschuß, der jenseits eines Exportquantums von 14 Milliarden Gold möglich ist, wird Deutschland in die Lage versetzt, die unvermeidlichen Reparationen zu zahlen. Das Exportquantum im Werte von 14 Milliarden in Gold entspricht ungefähr dem Exportquantum vor dem Kriege im Werte von rund 10 Milliarden Gold, weil seitdem alle Warenpreise um 40 bis 60 Prozent gestiegen sind.

Will also das deutsche Volk leben, so muß es heute ebensoviel erzeugen wie vor dem Kriege, trotz der verschlechterten Rohmaterialgrundlage und der verkleinerten Fläche und Bevölkerungszahl. Hat es dazu noch Reparationen zu zahlen, so muß es bedeutend mehr für den Export erzeugen als in der Vorkriegszeit.

Ins Deutsche und Gemeinverständliche übersetzt heißt das: Will das deutsche Volk leben, so muß es weniger „Luxus" treiben und mehr sparen als vor dem Kriege und mindestens so viel und so lange arbeiten wie in der Vorkriegszeit. Will es dazu Reparationen leisten, so muß es mehr und länger arbeiten. Dabei hängt es vollkommen in seiner Existenz und in der Fähigkeit Reparationen zu leisten von dem Umstand ab, ob die großen angelsächsischen Mächte und das übrige Europa willens sind und die ökonomische Fähigkeit haben, den vermehrten deutschen Export aufzunehmen. Ohne generelle Meistbegünstigung Deutschlands geht dieses nicht.

Wer dem deutschen Volk sagt, daß mit Besteuerung der sogenannten besitzenden Klassen der jetzige, über die Massen gefährliche Zustand geändert werden kann, belügt sich und das Volk.

Das deutsche Volk muß, wo immer es Arbeit gibt, sofort mindestens zwei Stunden länger und mit mindestens der gleichen Intensität arbeiten, wie vor dem Kriege. Das ist kein Opfer, das vom arbeitenden Volk verlangt wird, sondern es ist das Gebot natürlichen Selbsterhaltungstriebes. Wer sich heute noch dieser Erkenntnis in den Weg stellt, ist ein Narr oder ein Schädling am deutschen Volk! Er mordet dieses Volk, indem er den längst als Weiterung erkannten Traum vom starren Achtstundentag und seine Parteidoktrin höher stellt als die Existenz unseres Volkes.

Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, daß man wie der Reichskanzleramtsminister kürzlich meinte — durch Mehrarbeit Konjunkturen vorbringt. Nein! Es handelt sich darum, unverzüglich auf der ganzen Linie mehr und billiger zu produzieren, damit das deutsche Volk leben kann und nicht zum Teil verhungern muß.

Nur dann ist es auch denkbar, daß eine Stabilisierung der Mark nach den vor kurzem in diesem Blatt veröffentlichten Vorschlägen von Friedrich Pilot von irgendwelchem Bestand sein kann.

Steuer- und Währungsgesetze wirken sich zunächst nur im Innern Deutschlands aus. Das Problem der Außenpolitik ist für ein aller Außeneinkünfte bares Deutschland eine Produktions- und Auslandsdefaß-Frage.

Würden heute alle sogenannten reichen Leute in Deutschland enteignet, so müßte das deutsche Volk trotzdem oder erst recht verhungern. Denn von diesem sogenannten Reichtum will — wie der Stand der Mark beweist! — kein Ausländer mehr etwas wissen, weil das deutsche Volk nicht produziert, nämlich nicht so viel arbeitet, daß es leben, geschweige denn Reparationen leisten kann.

Unlängst hat Reichskanzler Dr. Stresemann geäußert, die Wirtschaft habe vor zwei Jahren den Beginn der jetzigen Politik gehabt, sich aber der Mitarbeit am Staate versagt. Das ist falsch! Die deutsche Wirtschaft hat getan, was heute Deutschland allein retten kann, nämlich, in fieberhafter Tätigkeit die Außenhandelsbeziehungen wiederhergestellt, die deutsche Schiffahrt aufgebaut und die Kriegsschäden an den Werken so beseitigt, daß diese wieder der Produktionsmöglichkeit haben, wie vor dem Kriege. Das war die Tat der deutschen Wirtschaft, die als die wahre Ausübung ihres Primats erkannt und wahrgenommen wurde. Wäre diese Aufgabe nicht erfüllt worden, so wäre es heute überhaupt unmöglich, das deutsche Volk und Reich noch zu retten.

Die politischen Leiter Deutschlands, aus welchen politischen und gesellschaftlichen Lager sie auch kommen mögen, stehen jetzt vor der Notwendigkeit, das deutsche Volk, dessen Arbeitsinstrumente für die Produktion wiederhergestellt sind, ohne „Taktik" und ohne Schönrederei zu der Erkenntnis zu bringen: Die sofortige ausreichende und billige Produktion ist absolute Notwendigkeit! Jeder Widerstand ist zu beseitigen! Jeder Streik ist in dieser Lage Mord am Volke!

Wir wissen sehr wohl, daß dies allein uns nicht retten kann. Die politische Leitung des Deutschen Reichs muß zudem ungesäumt mit der Entente ins Benehmen treten, um in gemeinsamer Untersuchung festzustellen, was außer der produktiven und geteilgerten Arbeit des deutschen Volkes notwendig ist, um Deutschland, Europa und die Welt vor der sonst unvermeidlichen Katastrophe zu retten.

Solch Schritt wäre kein Zeichen außenpolitischer Schwäche. Die Entente ist genau so bedroht wie wir. Es wäre nur der Mut zur Wahrheit!

Markkurs in New York 0,000003 Geld, 0,000003 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 32 000 000.

Italien erkennt die Zuständigkeit der Botschafterkonferenz an.

Französisches Doppelspiel. — Zwei Sitzungen der Botschafterkonferenz.

S. Paris, 7. 9. (Eigenbericht.)

Der heutige Freitag hat insofern eine Entscheidung in der Stellung Italiens gebracht, als es für die Lösung des italienisch-griechischen Konflikts nicht die Zuständigkeit des Völkerbundes, wohl aber die der Botschafterkonferenz anerkannt hat. Da Griechenland keine Einwendungen erhebt, liegt die Entscheidung vorläufig bei der Botschafterkonferenz. An einem Unterzunehmen zwischen der Botschafterkonferenz und dem Völkerbund wird in hiesigen politischen Kreisen kaum noch gezweifelt. In Paris deuteten man daher heute abend auch die Lage in Genf nicht mehr so sehr pessimistisch wie bisher, wo die Schwarzmalerei, die bereits an der Börse starke Nachwirkungen hatte, noch durch zahlreiche Zeitungsmeldungen und Alarmnachrichten aus Genf genährt wurde. Es ist ganz klar, daß es sich hierbei zum größten Teile um ganz durchsichtige politische Manöver handelte, die die Welt über die französische Politik irreführen sollten, um das französische Doppelspiel den Großmächten und der Kleinen Entente gegenüber zu vertuschen, zumal Frankreich alles daransetzt, um durch die Haltung Italiens nicht etwa in seiner Ruhrpolitik behindert zu werden.

Ueber den nunmehr eingeschlagenen Weg versuchte die Botschafterkonferenz heute in zwei Sitzungen schlüssig zu werden. Ueber diese wurde bisher kein amtliches Kommuniqué veröffentlicht. Doch verlautet in gut unterrichteten Kreisen, daß man bestimmt besten dürfe, über die wichtige Frage, inwieweit die der Entsendung einer Untersuchungskommission über die Mordtat von Janina sich zu einigen. Nicht uninteressant ist es auch, die Haltung Belgiens zu beobachten, die in Paris wie in Genf deutlich erkennen läßt, wieviel ihm daran liegen muß, einen Bruch in Genf mit seinen unabhängigen Polen für die kleinen Staaten unbedingt zu vermeiden.

Geheimrat Fellinger — Devisenkommissar.

Wie das W. T. B. erfährt, wird zum Kommissar für Devisenerfassung der Geheime Regierungsrat und Vortragende Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Fellinger, ernannt werden.

Lloyd George über Englands außenpolitische Niederlagen.

Scharfer Angriff gegen das Kabinett Baldwin.

A. London, 7. 9. (Eigenbericht.)

Lloyd George hielt heute in Wales eine Rede, in der er die auswärtige Politik des Kabinetts Baldwin scharf angriff und die internationale Lage Englands sehr pessimistisch darstellte. Frankreich liege nun mit seinem Reich auf dem gespannten Fuße, Italien stehe Italien wirge Griechenland. Beide Länder verbinden sich bei dieser Gewaltpolitik die Einmischung Englands. Im Jahre 1914 sei ihnen die Zustimmungsrecht mit England sehr willkommen gewesen, aber heute wissen sie der Londoner Regierung zu: Hände weg! Die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien seit den Tagen von Fashoda nie so schlecht gewesen wie jetzt. Die Erfolge, die das Kabinett Baldwin aufzuweisen habe, beschränken in nichts anderes als in einer Masse von Demütigungen. Auch die letzten Nachrichten aus Genf, obgleich sie offensichtlich beeinflußt sind, könnten nicht die Tatsache verschleiern, daß Englands Ansehen und Niederlage erlitten habe. Die Entwicklung zum Frieden sei fündig im Rückschreiten begriffen. Die Welt habe in mehr als einer Beziehung russisch Ausbrüche zu befürchten.

Vom japanischen Erdbebenherd.

S. Paris, 7. 9. (Eigenbericht.)

Nach italienischen Blättermeldungen ist man im Vatikan noch immer ohne Nachricht über das Schicksal des apostolischen Delegaten in Tokio. Die Banken in Tokio sind militärisch bewacht, um Plünderungen zu verhindern. Alle unbeschädigten Häuser sind beschlagnahmt, um die Unterbringung der Ausländer zu erleichtern. An den neuen Barackenbauten wird eifrig gearbeitet, um weitere Zufluchtsstätten zu schaffen.

Amerikanischer Flottenbesuch.

Wie bereits berichtet, befindet sich das amerikanische Kriegsschiff „Pittsburgh" unter dem Kommando des Admirals Andrews zurzeit auf einer Ostseereise, bei der es, von Danzig kommend, über Memel nach Stettin und weitergereist und nach zweitägigem Aufenthalt dort in Kiel eingetroffen ist. Admiral Andrews ist gestern für drei Tage in Berlin eingetroffen und wird wieder in Kiel oder Bremerhaven an Bord gehen. Mit Rücksicht auf die Trauer um den Tod des Präsidenten Harding und im Hinblick auf die gegenwärtige ernste Lage in Deutschland wird von besonderen Festlichkeiten abgesehen.

Wir begrüßen den Besuch des amerikanischen Kriegsschiffes in deutschen Häfen und insbesondere den seines Kommandanten in der Reichshauptstadt und geben dem lebhaften Wunsche Ausdruck, daß er in herzlichster Weise und zur vollen Befriedigung aller Beteiligten verlaufen möge.

Der Devisenkommissar.

Die Verordnung über Devisenerfassung.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird folgendes verordnet:

§ 1.

Die Reichsregierung bestellt einen Kommissar für Devisenerfassung mit außerordentlichen Vollmachten. Der Kommissar ist befugt, Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere und Valutenwerte für das Reich in Anspruch zu nehmen. Das Nähere wird durch die Artikel 115, 117, 153 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Der Kommissar für Devisenerfassung ist eine Behörde, die dem Reichswirtschaftsminister unterstehen.

§ 2.

Die Reichsregierung erlässt die zur Erfüllung der Befugnisse des Kommissars erforderlichen Bestimmungen und regelt das Verfahren; sie kann dem Kommissar für Devisenerfassung und den von ihm bestimmten Stellen die Regelung im einzelnen überlassen; sie kann Zuwiderhandlungen gegen die Durchführungsbestimmungen mit Freiheitsstrafen, Geldstrafe und mit Einziehung bedrohen und bei Zuwiderhandlungen gegen die Devisengesetzgebung oder Anordnungen des Kommissars Ordnungsstrafen, Sicherstellung und Verfallserklärung ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung androhen.

(Die Ausführungsbestimmungen folgen im Abendblatt.)

★

Daß wird amtlich mitgeteilt:

Die bisher in der Presse erschienenen Mitteilungen über die Einsetzung eines Kommissars für Devisenerfassung sind vielfach dahin mißverstanden worden, daß eine allgemeine Devisenbeschlagnahme beabsichtigt sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß die für Handel, Banken und Industrie erforderlichen Devisen nicht angetastet werden.

Es ist ferner auch der Tatsache der Einsetzung eines Kommissars der irrige Schluß gezogen worden, als sei damit den von Landwirtschaft, Handel und Industrie bereits geplanten Projekten ein Hindernis in den Weg gelegt. Die Regierung wünscht noch wie vor die nachdrücklichste Förderung dieser Projekte, und es wird eine der nachgeordneten Kommissare sein, sich in den Dienst dieser Bestrebungen zu stellen. Jedenfalls ist, soweit die Wirtschaft in Frage kommt, die Aufhebung von Devisen in organischer Weise, wie sie jene Projekte vorsehen, der von der Regierung beabsichtigte Weg.

Die Entschließung des Währungsausschusses.

Der Währungsausschuß trat in Fortsetzung seiner Beratungen am Donnerstag und Freitag erneut zusammen, um sich weiter mit der Frage der Schaffung einer neuen Währung und eines wertbeständigen Zahlungsmittels zu beschäftigen. Als Sachverständige wurden gehört die Herren Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich, Staatssekretär a. D. Dr. Hirsch, Generaldirektor Minoux, Bankdirektor Dr. Frisch, Bankdirektor Dr. Schacht, Bankdirektor Dr. Fischer.

An Projekten lagen den Beratungen zugrunde: Das Projekt über die Einführung einer wertbeständigen Währung und das Gesetz über die Errichtung einer privaten Goldnotenbank des Reichsverbandes der deutschen Industrie und endlich dasjenige des Sachverständigen Generaldirektors Minoux.

Nach eingehender Aussprache über diese drei Projekte, an der sowohl die Sachverständigen als die Ausschußmitglieder sich beteiligten, wurde mit sieben Stimmen gegen vier Stimmenbeiner Stimmenthaltung nachfolgende Entschließung angenommen, zu welcher zum sommenden Dienstag der Wirtschaftspolitische Ausschuß gemeinsam mit dem Finanzpolitischen Ausschuß Stellung nehmen wird.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, der Reichsregierung nachstehende Entschließung zu übermitteln:

1. Die Wiederherstellung und Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft befriedigt, ist nur möglich, wenn die Defizitwirtschaft der öffentlichen Gewalten beseitigt wird.

Die Aufgaben für den Ruhrkampf sind sofort auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, die für Reparationsleistungen zu stellenden Gelder sind zu beschaffen und ihre Verteilung unter Kontrolle eines kleinen mit diplomatischen Befugnissen versehenen Ausschusses zu stellen, über dessen Zusammensetzung die Regierung mit den Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Organisationen beraten soll. Außerdem ist erforderlich rücksichtslose Streichung ersparbarer sonstiger Ausgaben. Für den Uebergang sind durch eine Vermögensabgabe nach dem Vorschlage Minoux*) bereitzustellen. Beleihung der reinen Inflation durch scharfe Diskontpolitik hat nebenher zu erfolgen.

2. Die bringende Gefahr einer völligen Zurückweisung der Papiermark, die als Zahlungsmittel zur Aufrechterhaltung des Verkehrs notwendig bleibt, erfordert unter der Voraussetzung der Etatsbilanzierung die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, das auf sich selbst gestellt und unabhängig von den inneren und äußeren Schwankungen ist. Die Grundlage eines solchen Zahlungsmittels kann zur Zeit nur das Gold oder ein Devisenfonds bilden.

3. Aus diesen Erwägungen ist das Projekt Helfferich abzulehnen, weil eine Stoßgerm-Währung im inneren Verkehr den großen Schwankungen des Roggenpreises unterlage und im internationalen Verkehr keine Geltung hätte.

4. Gleichfalls ist der Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie abzulehnen, da bei nach ihm wertbeständige Geld den Umlaufskreis des staatlichen Papiergeldes noch mehr als heute einschränken, seine Entwertung und Zurückweisung also noch beschleunigen würde.

5. Alle derartigen Projekte sind auch deshalb abzulehnen, weil sie das Notenmonopol, ein grundlegendes Hoheitsrecht des Staates, in die Hände privater Berufsstände übergeben würden. Träger der Geldpolitik Deutschlands kann nur die Reichsbank sein, wobei es Voraussetzung ist, daß deren Geschäftsführung und -leitung den Bedürfnissen wertbeständiger Geldwirtschaft durch entsprechende Umänderungen anzupassen ist.

6. Nach Festlegung des Höchstbetrages der Notenemission wird:

a) Der Goldbestand der Reichsbank mit den aus den Mehrbeständen der Devisenablieferung eingehenden ausländischen Zahlungsmitteln zu einem Währungsfonds vereinigt. Dieser wird auf Grund von Sachwertbelastung durch Auslandsanleihen nach Möglichkeit erhöht.

b) Ein Einlösungsrecht des Inhaberpapiergeldes zu einem dem Tagespreise entsprechenden Kurse gegen Gold oder andere Goldzahlungsmittel erfüllt.

c) Auf Grund des Währungsfonds werden Goldnoten ausgegeben, als deren Deckung Gold, Silber, Gebührsmarkt, Devisen und diskontierte Goldbandelsmechsel dienen. Zur Sicherung des Währungsfonds können auch die Vorschläge Minoux*) wesentlich beitragen.

d) Nach Einführung der Goldnote und Festlegung der Einlösung des Notenbrieds werden die noch im Besitz der Wirtschaft befindlichen oder in die gesamten Goldzahlungsmittel für den allgemeinen Verkehr freigegeben.

7. Die Reichsbank bleibt autonom. Die Reichsaufsicht wird aber verstärkt durch eine Umformung des Reichsbankkuratoriums und durch Erweiterung der Rechte und Pflichten. Das Kapital der Reichsbank wird erhöht durch Ausgabe von Aktien, die in Gold oder Devisen oder wertbeständigen Bedingungen, Goldhypotheken der Landwirtschaft einzuzahlen sind.

*) Unsere Leser kennen diesen Vorschlag, der zuerst durch die „D. A. Z." in einem „Frischen Blick" gezeichneten Artikel am 22. August (Nr. 387 der „D. A. Z.") veröffentlicht wurde.

Wieder neue Kohlenpreise.

Reichskohlenverband und Großer Ausschuß Reichskohlenrates verhandelten in ihrer Sitzung vom 6. d. M. auf Anlaß der schiedsgerichtlich vom 3. d. M. festgesetzten Lohnerhöhungen und der infolge des neuen Markkurses eingetretenen rapiden Materialverteuerung über neue Kohlenpreisforderungen.

Nach längeren Verhandlungen wurden einstimmig folgende prozentualen Erhöhungen der bei dem 3. d. M. geltenden Preise mit Wirkung ab 10. d. M. einschließlich Steuern beschlossen: Ruhr 83,5 %, Westwestfälischer Bergwerksverein 82,5 %, Nordkern 81,7 %, Niedersachsen 85,8 %, Abbenbüren 81,1 %, Schlesien 84,1 %, Niedersachsen 85,1 %, Sachsen 85,3 %, ostelbische und mittelbeutsche Braunkohle 84,1 %, Rheinland 82,7 %, Bayern, Pech- und Steinkohle 79,4 %, Braunkohle 84,1 %.

Die sich hiernach ergebenden Preise liegen selbst bei einem Dollarkurs von 30 Millionen Mark sämtlich — teilweise erheblich — unter der Weltmarktpreisl, obwohl sie zurzeit noch die volle Kohlensteuer tragen.

Deutsche Protestnote an die Alliierten.

Beamtenernennungen durch die Rheinlandkommission sind rechtswidrig.

Die deutsche Botschaft in Paris, die Botschaft in London und die Gesandtschaft in Brüssel sind angewiesen worden, den dortigen Regierungen folgende Note zu überreichen:

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat in den letzten Tagen eine Reihe Verordnungen erlassen, durch die sie sich selbst das Recht verleiht, Ernennungen von Beamten vorzunehmen, wenn irgendwo Abberufung, Rücktritt oder aber andere Gründe eine Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltung frei wird, unter der Voraussetzung, daß ihrer Ansicht nach das Weiterbestehen der Lücke in der Sicherheit, den Bedürfnissen und dem Interesse der Armee entgegenstehe und daß es nicht möglich sei, die Lücke dadurch auszufüllen, daß sie bereits in der betreffenden Verwaltung beschäftigte Beamte beruft.

Diese Verordnung bedeutet einen neuen schweren Verstoß gegen das Rheinlandabkommen, das im Artikel 5 ausdrücklich bestimmt, daß die Zivilverwaltung der Provinzen, Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise und Gemeinden in der Hand der deutschen Behörden verbleibt und weiter nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung geführt wird.

Wenn garnicht die Zahl der im besetzten Gebiet vorhandenen deutschen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten weit unter den in den Hauptbaltungsplänen vorgesehenen Bestand herabgesunken ist, so ist dies ausschließlich zurückzuführen auf die von der Interalliierten Rheinlandkommission und den sonstigen Besatzungsbehörden ohne Rücksicht auf die vertragsmäßigen Vereinbarungen und das Völkerrecht vorgenommenen Ausweisungen und Massenverhaftungen. Dank der außerordentlichen Arbeit und den übermenschlichen Anstrengungen des noch verbliebenen Restes der deutschen Beamtenschaft ist es aber immer noch gelungen die Verwaltung in einem gar Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben entsprechenden Umfange aufrechtzuerhalten. Ueberdies sind alle Bemühungen, obgleich sie die Rechtmäßigkeit der Ausweisungen und der Verhaftungen nicht anzuerkennen vermochten, bemüht gewesen, die entstandenen Lücken durch kommissarische Einberufungen und Neuernennungen auszufüllen. Allerdings sind sie hierbei bei keiner auf einen internationalen Widerstand der Besatzungsstellen ansetzen, die offenbar grundsätzlich das nach einer Verordnung der Rheinlandkommission vorgesehene Beteiligt in jedem Falle ausgeübt haben.

Der jetzt von der Rheinlandkommission beschrittene Weg, die durch erzwungenen Reihen der deutschen Beamtenschaft im Rheinlande wieder auszufüllen, ist nicht geeignet, eine geordnete Verwaltung im Rheinlande aufzubauen. Ernennungen von Beamten, die die Rheinlandkommission Mitgeschaftung vertragsicher Rechte bevorzugt, sind rechtswidrig und die Handlungen solcher Beamten würden ebenfalls eine rechtsfähige Anerkennung der deutschen Staatsgewalt nicht bedeuten.

Die deutsche Regierung legt gegen diesen Rechtsbruch der Interalliierten Rheinlandkommission Verwahrung ein und erwartet die Aufhebung der Verordnung.

Die Politik der Reichsregierung im besetzten Gebiet.

Freitag nachmittag fand unter Teilnahme des Reichskanzlers und des Ministers des besetzten Gebiete eine Sitzung statt, in der die Politik der Regierung gegenüber der Lage im besetzten Gebiet besprochen wurde. An der Sitzung nahmen auch verschiedene Abgeordnete teil. Im Verlaufe der Sitzung nahm der Reichskanzler das Wort, um Deutsch die in seinen früheren Reden betonte Politik zu erziehung auf das besetzte Gebiet zu unterstreichen. Vertreter des besetzten Gebietes erklärten, daß die Bevölkerung volles Vertrauen zu der Politik der Regierung habe und einmütig bei der Durchführung dieser Politik hinter der Regierung stehe.

Die Milliardenraube gehen weiter.

Krefeld, 7. 9. Hier haben die Belgier, nachdem sie erst kürzlich 500 Millionen Reichsbanknoten weggenommen, ein zweites Milliarden „beschlagnahmt". Die Wegnahme geschah in dem Augenblick, als das Geld aus der Notenpresse in Säcken bei der Reichsbank eingeliefert wurde.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	7. 9.	6. 9.		7. 9.	6. 9.
Tägl. Geld	5 %	5 %	Brüssel	7. 9.	6. 9.
Berlin	0.00003	0.00003	Amsterdam	39,25	39,25
Mitteilung	0.000003	0.000003	Zürich	—	17,99
Amsterdam	0.000004	0.000003	Kopenhagen	18,15	18,18
Madrid	0.000001	0.000001	Prag	2,98	2,97
London	4,86	4,86	Wien	0,00	4,26
Kabel Tr.	4,52,87	4,52,00	Madrid	—	13,33
Lond. Sht.	4,50,12	4,49,25	Bilbao	63½	62½
Paris	5,60	5,54	Italien	—	—

New York, Produktenmarkt.

	7. 9.	6. 9.		7. 9.	6. 9.
Kaffee loco	10½	10	Eisen	25,50	25,50
„ Dez.	8,67	8,63	Stahlschienen	5,62	5,62
„ Mrz.	7,97	7,93	Blei	13,30	13,10
„ Mai	7,55	7,54	Zink	6½	6½
„ Jul.	7,36	7,35	Ges. Kupfer	11,00	11,05
„ Sept.	7,20	7,17	„ Dez.	11,00	11,05
Kaumwolle 1.	27,80	27,85	Petroleum Tarn.	15,40	11,40
„ Dez.	26,60	26,65	„ Tanks	8,50	10,82
„ Okt.	26,57	26,15	„ Stand wh.	12,50	15,40
„ Nov.	26,45	26,10	„ Crud. Sud.	3,00	3,50
„ Jan.	26,60	26,13	Kupfervitriol	6,28	6,28
Zucker	2,80 000	16 000	Terpentin	—,—	0,95
Kaffee	131-134	131-134	„ Dez.	—,—	0,884
Mehl	7,30	7,35	Baumw. 1. Okt.	26,00	25,50
Weizen	6,57	6,55			

	7. 9.	6. 9.		7. 9.	6. 9.
Weizen, rot	116	114½	Mais, Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hafer	110	117½	Mehl, Tagl.	1 sh 6d	1 sh 6 d
Mais 3. Dez.	103½	103½	Kartoffel	6 cts.	6 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	7. 9.	6. 9.		7. 9.	6. 9.
Weizen Sept.	103	101½	Mais Sept.	9,20	9,07½
„ Dez.	106½	105½	Speck sofort	9,00	9,00
Mais Sept.	85½	85	„ Oktober	10,00	9,75
„ Dez.	69	68	Schweine	8,60	9,05
Hafer Sept.	37½	37½	Schmalz, loko	9,05	9,25
„ Dez.	39½	39½	Schmalz, Sept.	8,35	8,55
Roggen Sept.	77½	78½	Schmalz, Oktober	8,75	9,00
„ Dez.	73	71	Schweine Chicago	27 000	32 000
Schmalz Dez.	12,15	11,97½	Western	90 000	122 000
„ Okt.	12,07½	11,95			

Zur preußischen Verwaltungsreform.

Von
Kurt Dollega.

Seit Jahren steht die Frage der Vereinfachung der allgemeinen Landesverwaltung auf der Tagesordnung. Zuerst war zu Vorschlägen für die Verbesserung der Reform eine Immediatkommission eingesetzt. Als deren Schoß gelangte auch ein Entwurf zu einer Novelle zum Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bis zum ebenmäßigen Herrenhause, wo er mit einigen Abänderungen angenommen wurde. Nur das damalige Abgeordnetenhaus kam die Gesetzesvorschläge in diesem Falle erst in zweiter Linie zur Annahme vorgelegt werden sollten, hatte dazu noch keine Stellung genommen. Dann trat die Revolution 1918 ein, und es kamen dadurch die ersten neuenumsetzten Anfänge zu einer Verbesserung der jetzigen Verhältnisse in der inneren Verwaltung zum Stillstand. Es war auch besser so. Denn Stückwerk allein kann die so oft gerügte Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates nicht aufheben; ein großzügiges, das ganze Verwaltungssystem umfassendes Gesetzwerk ist zur Beseitigung des gegenwärtig bei besonders Zahlreichen im Zusammenbrechen unbedingt geboten. Wirkliche Abhilfe vermag nur eine Verminderung des Instanzenzuges im Behördenorganismus zu bringen. Hierin hat die im Sande verlaufene Novelle zum Landesverwaltungsgesetz eine wesentliche Lücke gelassen. Der Entwurf änderte an der bisherigen Verwaltungseinteilung (§ 1)*) nichts. Und doch bestanden schon Bestrebungen älteren Datums, die hier Wandel schaffen wollten und die im alten Preußischen Landtage bereits zahlreiche Freunde gefunden hatten. Die Vorbesprechungen gingen im Ursprung vom früheren Führer der Freikonservativen Partei, Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch aus, der die Landratsämter stärker belasten und die Bezirksregierungen in die Oberpräsidien aufheben lassen wollte. Allerdings hatten die Anregungen auch Gegner gefunden. So wollte der auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts schriftstellerisch bekannte ehemalige Regierungspräsident Graf Yorc de Gnais die Bezirksregierungen erhalten wissen, dafür hielt er wieder die Oberpräsidien für überflüssig. Der Widerstreit in den Gedankengängen zeigt, daß nach verschiedenen Richtungen hin ein jeder die Oberpräsidien für die Regierungsinstanz nicht ganz entbehrt werden kann, es sei denn, daß die Ministerialinstanzen als Ersatz eintreten, was wiederum zu einer unerwünschten Zentralisierung der Verwaltung nach französischem Muster führen würde. Darum werden in den nachstehenden Zeilen anderweitige Vorschläge gemacht, die zu dem nicht zu umgehenden Ziele der Vereinfachung der Verwaltung führen, ohne dabei der Dezentralisation Einhalt zu gebieten.

Um den Reformplan überhaupt zu ermöglichen, ist es erforderlich, vor allem das Polizeiwesen in einen neuen Instanzengang, abgesondert von den Kommunalbehörden, unter dem Oberpräsidenten neu zu gliedern. Infolgedessen müßte die Zusammenlegung der polizeilichen Tätigkeitsgebiete des Regierungspräsidenten und des Landrats in einer Landespolizeibehörde vor sich gehen. Diese Umfang der Landespolizeibezirke sollte sich in der Größe etwa mit denen der Regierungsbezirke in Hannover oder des Regierungsbezirks Westpreußen (Marienwerder) decken. Die unnötige Zwischeninstanz zwischen Landespolizei und Ortspolizei, also die Kreisinstanz, fiele somit fort. Das staatliche Kreisamt (Landratsamt) würde demnach vom kommunalen Kreisamt (gedacht als Kreisbauptmannschaft) getrennt.

Zum weiteren ist es nötig, daß die Provinzen, Kreise, Stadt- und Landgemeinden sich kommunalrechtlich nahe treten; sie sollen gewissermaßen eine Familie bilden. Ein Beispiel hierfür zeigt jetzt bereits das Verhältnis der Landgemeinden zum Amtsschöffenorgan. Bekanntlich führt der Landrat die Aufsicht über die Angelegenheiten der Landgemeinden. Die Gegenüberstellung dieser in seiner Eigenschaft als Selbstverwaltungsbeamter (Vorsitzender des Kreisausschusses), dem man gewissermaßen die Amtsbezeichnung „Kreishauptmann" beilegen könnte, Liebesbewegt sich der vom Staatsminister a. D. Dr. Drews ausgegangene Entwurf für die neue Städteordnung nicht in den gleichen Bahnen. Der Gesetzentwurf betrifft noch weiterhin den Regierungspräsidenten mit der Aufsicht über die Verwaltungsschöffen der Stadtgemeinden. Die Gegenüberstellung des Verfahrens zeigt, daß den Städten der Vorteil, von einer Selbstverwaltungsbehörde staatsrechtlich beaufsichtigt zu werden, nicht zugedacht wird, obwohl man den Landgemeinden diese Begünstigung einräumt. Um deswillen und auch wegen der finanziellen Ausnahmung muß gefordert werden, daß dem Landeshauptmann, unter teilweiser Mitwirk

mann hätte man einen Landwehrschulzenrat und dem Vorsitzenden des Kreisausschusses eine Kreisschulkommission zu bilden, lediglich über innere Schulangelegenheiten (Lehrstoff) wären den staatlichen Provinzialschulkollegien ganz zu überlassen; schon um politische Bedenken in religiöser Hinsicht zu vermeiden. Selbstverständlich sollte man hieran anschließend den Landesoberpräsidenten und Kultusminister, die ihrer Natur nach weit geeigneter anderen Organen zukommen, der Unter- anderen Stellen nicht ihm, sondern dem Leiter der Landwirtschaftskammer nebenher der Vorsitz bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die wirklichen Hilfe überall im Leben geruhenden landwirtschaftlichen Kreisorganisationen — denen eine ähnliche rechtliche Stellung wie die der Handwerkskammern zukäme — als Sektionen an Stelle der Kreisausschüsse heranzuziehen könnte. Ferner brauchte nicht der Landesoberpräsident die Landesbrandversicherungsanstalten zu leiten, die beispielsweise wie einzelne Provinzialversicherungsanstalten von der Provinzialverwaltung völlig abgesondert werden müßten. Die Entlastung des Landeshauptmanns auf diesen Nebengebieten würde sich völlig ausgleichen mit seiner Belastung obrigkeitlicher Art.

Die gemachten Vorschläge würden schließlich folgern, daß die jetzigen Bezirksregierungen*) in der Hauptsache in sich zerfallen würden. Der verbleibende Rest der Wirksamkeit der Bezirksregierungen käme dem Oberpräsidenten — denn man besser als die Bezeichnung „Statthalter" gäbe — zu. Allenfalls könnte man dem Landeskulturamtspräsidenten, dem noch die Aufsicht über die Katasterämter zu überweisen wäre, die höheren Geschäfte der Domänen und Forsten überlegen. Der dem Oberpräsidenten beigegebene, ist wenig in Tätigkeit tretende Provinzialrat sollte wiederum die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Bezirksausschusses, dessen Tätigkeitsfeld infolge Abgabe der Beschlußsachen an den Landesausschuß kaum mehr lebensfähig wäre, übernehmen. Andererseits müßte man das Oberverschiebungsamt, das durch das Versicherungsamt entlastet werden könnte, an das Landesarbeitsamt jeder Provinz angliedern.

In großen Umrissen ist nun im vorstehenden geschildert, wie die allgemeine Landesverwaltung umzugestalten wäre. Hier zu schildern, wie in einzelnen die Vereinfachungsform weiter ausgebaut werden sollte, würde zu weit führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß beispielsweise in den größeren Städten an Stelle des Regierungspräsidenten ein städtischen Verwaltungen die Aufsicht über die Stadtsekretäre leicht übertragen werden könnte. Jedenfalls muß die Verwaltungsreform von Grund auf in vollem Umfang zum Nutzen des Volkes und zur Erspanung von Bureaukratisten vorgenommen werden. Künstliche Einwände, wie solche historischer Natur, lasse man außer acht. Wollte man historische Bedenken gelten machen, dann könnte man z. B. mit Recht dagegen halten, daß ein Landbürgermeister in der Rheinprovinz jetzt schon der historischen Stellung des Landrats von früher gerecht wird, wogegen der Landrat von heute quasi andere Funktionen auszuüben hat als seine Vorgänger in Zeiten absolutistischer Herrschaft. Hierbei sei zum Schluß noch erwähnt, daß infolge des zunehmenden Umfangs der heutigen Gesetzgebung die Belastung von Jochtelern für die örtlichen Obrigkeitsgeschäfte auf dem Lande auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird. Bedenklich scheint mir — wie der Gesetzentwurf für die neu geplante Landgemeindeordnung vorsieht — Landbürgermeister einzusetzen. Deren Einfluß auf die Landgemeindevertretungen würde die Selbstverwaltung nur in unerwünschter Weise beeinträchtigen. Dagegen ist die Schaffung reiner Obrigkeitsorgane für örtliche Bezirke großere Amtsbezirke zur Vermeidung von Polizei- und Aufsichtsgesetzen sowie die Verlegung landrätlicher Sachen hierher notwendig.

*) Die Bezirksregierungen lämen als solche in Fortfall. Die Landespolizeibehörden verblieben als Reichsstellen.

Ausbau des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat im Haushaltsausschuß folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Nachtrag zum Haushaltsplan bereitstellen zu lassen, damit das Reichsministerium für die besetzten Gebiete mit Beschleunigung eingerichtet werden könne. Die Zentrumsfraktion hat in der Debatte die einstimmige Annahme sämtlicher Parteien.

Soll das Saarland französisch werden?

Sollen 800 000 Deutsche im rein deutschen Saarland der Verwelschung verfallen? Sollen wir eine Jahresversicherung von 14 Millionen Tonnen Steinkohlen für immer verlieren? Jeder Deutsche sagt: Nein! über die Gefahr, daß den Franzosen das Saarland zufällt, wird das Volk wächst von Tag zu Tag. Auf die Dauer kann sich das Saarland gegenüber der unausgesetzten, systematischen Verführung durch den Franzosen nicht halten, sondern dem Leiter der Landwirtschaftskammer nebenher der Vorsitz bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die wirklichen Hilfe überall im Leben geruhenden landwirtschaftlichen Kreisorganisationen — denen eine ähnliche rechtliche Stellung wie die der Handwerkskammern zukäme — als Sektionen an Stelle der Kreisausschüsse heranzuziehen könnte. Ferner brauchte nicht der Landeshauptmann die Landesbrandversicherungsanstalten zu leiten, die beispielsweise wie einzelne Provinzialversicherungsanstalten von der Provinzialverwaltung völlig abgesondert werden müßten. Die Entlastung des Landeshauptmanns auf diesen Nebengebieten würde sich völlig ausgleichen mit seiner Belastung obrigkeitlicher Art.

Die gemachten Vorschläge würden schließlich folgern, daß die jetzigen Bezirksregierungen*) in der Hauptsache in sich zerfallen würden. Der verbleibende Rest der Wirksamkeit der Bezirksregierungen käme dem Oberpräsidenten — denn man besser als die Bezeichnung „Statthalter" gäbe — zu. Allenfalls könnte man dem Landeskulturamtspräsidenten, dem noch die Aufsicht über die Katasterämter zu überweisen wäre, die höheren Geschäfte der Domänen und Forsten überlegen. Der dem Oberpräsidenten beigegebene, ist wenig in Tätigkeit tretende Provinzialrat sollte wiederum die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Bezirksausschusses, dessen Tätigkeitsfeld infolge Abgabe der Beschlußsachen an den Landesausschuß kaum mehr lebensfähig wäre, übernehmen. Andererseits müßte man das Oberversicherungsamt, das durch das Versicherungsamt entlastet werden könnte, an das Landesarbeitsamt jeder Provinz angliedern.

In großen Umrissen ist nun im vorstehenden geschildert, wie die allgemeine Landesverwaltung umzugestalten wäre. Hier zu schildern, wie in einzelnen die Vereinfachungsform weiter ausgebaut werden sollte, würde zu weit führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß beispielsweise in den größeren Städten an Stelle des Regierungspräsidenten ein städtischen Verwaltungen die Aufsicht über die Stadtsekretäre leicht übertragen werden könnte. Jedenfalls muß die Verwaltungsreform von Grund auf in vollem Umfang zum Nutzen des Volkes und zur Ersparung von Bureaukratisten vorgenommen werden. Künstliche Einwände, wie solche historischer Natur, lasse man außer acht. Wollte man historische Bedenken gelten machen, dann könnte man z. B. mit Recht dagegen halten, daß ein Landbürgermeister in der Rheinprovinz jetzt schon der historischen Stellung des Landrats von früher gerecht wird, wogegen der Landrat von heute quasi andere Funktionen auszuüben hat als seine Vorgänger in Zeiten absolutistischer Herrschaft. Hierbei sei zum Schluß noch erwähnt, daß infolge des zunehmenden Umfangs der heutigen Gesetzgebung die Belastung von Jochtelern für die örtlichen Obrigkeitsgeschäfte auf dem Lande auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird. Bedenklich scheint mir — wie der Gesetzentwurf für die neu geplante Landgemeindeordnung vorsieht — Landbürgermeister einzusetzen. Deren Einfluß auf die Landgemeindevertretungen würde die Selbstverwaltung nur in unerwünschter Weise beeinträchtigen. Dagegen ist die Schaffung reiner Obrigkeitsorgane für örtliche Bezirke großere Amtsbezirke zur Vermeidung von Polizei- und Aufsichtsgesetzen sowie die Verlegung landrätlicher Sachen hierher notwendig.

*) Die Bezirksregierungen lämen als solche in Fortfall. Die Landespolizeibehörden verblieben als Reichsstellen.

Teuerungszunahme: 85,8 pCt.

In der ersten Septemberwoche.

In der abgelaufenen Woche hat das übermäßige, in diesem Ausmaße unerwünschte starke Anziehen der Lebenshaltungskosten in bedenklich hohe progressiven Geldentwertung resultierenden Eindeckungsbedrehen auf der Konsumentenseite, Kreise und Verbraucher in bedenklicher Weise Haltung auf der Produzenten- und Händlerseite eine weitere Sprunghafte Steigerung der Lebensmittelpreise bewirkt. Der Gesamtteuerung nunmehr viel unmittelbarer Einwirkung die Erhöhung der Bahntarife bei Post- und Eisenbahn, die betrachtliche Erhöhung der Mietsätze für Sommer mußte weiter zu dieser übermäßigen Verteuerung der Lebenshaltung beitragen.

In der Woche beginnend mit Sonnabend den 1. und endend mit Freitag den 7. September, ist der Lebenshaltungsindex der „Deutsche Industrie- und Handels-Zeitung" auf 2 936 279 gestiegen, was eine Teuerung um 85,8 Prozent gegenüber dem Stand der Vorwoche (1 188 267) bedeutet. Während die Bewegung der Preise der Ernährungsartikel einen Steigerungsgrade in der Vorwoche um „nur" 49,4 Prozent auf das 4 373 414fache stiegen, erreichten die Ernährungsartikel den Index 2 973 585fachen Vorkriegsstand; so daß ihre Steigerung somit 105,6 Prozent gegen die Vorwoche betrug. Die Wäsche verteuerte sich auf rund das 2fachen Durchschnittsstände des August, so daß damit die Wohnungsäbsten für September einschließlich Heizer Heizungen bei Mieten von 65 000fachen Friedensstand ausmachen. Die Mehrsätze für Heizung und Beleuchtung stieg um 43,7 Prozent auf 3 425 786, die Kosten für kulturelle Bedürfnisse um 69,8 Prozent auf 1 980 676, die Verkehrskosten um 116,6 Prozent auf 1 602 041.

Die Beamtengehälter im Hauptausschuß.

Aufgabung bewilligt.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags, über deren Beginn auf Seite 2 berichtet wird, machte Abg. Hach (Soz.) auf die Gefahren aufmerksam, die daraus entstehen, daß eine große Partei, wie die Deutschnationale Volkspartei, den Kampf gegen die neuen Steuern organisiere.

Abg. Worath (D. Vp.) sprach sich ebenfalls für vorläufige Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen aus.

Ein Antrag der Zentrumspartei verlangt, die neue Aufzahlungsform der Beamtenbezüge.

Abg. Doch (Soz.) machte auf die Gefahren aufmerksam, daraus entstehen könnten, daß eine große Partei, wie die Deutschnationale Volkspartei, den Kampf gegen die neuen Steuern organisiere.

Abg. Guérard (Zentr.) hielt es für die erste Pflicht der deutschen Beamtenschaft, dem Reiche in äußerster Not zu helfen. Damit sie Frage der wohlerworbenen neuen Rechte der Beamten möchtlich außer Betracht bleibe, schlug Redner vor, daß den Beamten das Grundgehalt, die Orts-, Kinder- und Frauenzulage wie bisher vierteljährlich im voraus gezahlt werden sollte, daß aber die Teuerungsaufschlag, der jetzt 38 840 % des Grundgehalts ausmache, der also die eigentliche bedeutende Gehaltsverbesserung ist, nur vierzehntägig bezahlt werde.

Abg. Dejaert (D. Nat.) bedauerte, daß die Reichsregierung nicht Veranlassung genommen hätte, heute vor dem Haushaltsausschuß zu den Fragen Stellung zu nehmen. Es sei eine ganz falsche Anschauung, wenn man annehme, daß die Beamtengehälter an der Inflation schuld seien.

Hierauf bewilligte der Ausschuß die Ausgabung der neugeteilten Beamtenbezüge und Staatsarbeiterlöhne in dem Ausmaße, wie sie zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen vereinbart waren.

Schließlich wurde noch ein Gesetzentwurf über Reichshaushaltsplans 1923 angenommen, der den Reichshaushaltsplanes 1923 angenommen, der den Reichsfinanzminister u. a. ermächtigt, für die Abschlussung der in dem Gesetze zur Steuerung der Not der Gemeinden in für das Rechnungsjahr 1923/24 vorgesehenen Zweckgebrauchsvorschriften und Anweisungen bis zum 1. Oktober 1923 zu erlassen. Der Haushaltsausschuß hat bisherigen Regelung die Zulassung der Reichsbahnen und Reichsbahnen unter 33½ bis einschließlich 20 % gewährt wird.

Das Eisenbahnunglück bei Hannover

Hannover, 7. 9. (W. T. B.) Wie von der Eisenbahndirektion zu dem Eisenbahnunglück mitgeteilt wird, sind von den sechs verbliebenen Leichen nunmehr drei bis jetzt geborgen. Es sind dieses Frau Sibot aus Leyden und Frau Kemper aus Leyden in Holland und Frau Lindner aus Westin-Eichenberg.

Sozialpolitische Umschau.

Wertbeständigkeit.

Der Reichsarbeitsministerium hat nunmehr auch die Anwendung der Aufwertungsgesetz- und Berufungsgrenzen im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz eine wertbeständige Regelung eingeführt. Während bisher die Aufwertungsgrenze ebenso wie die Berufungsgrenze differenzmäßig durch den Reichsarbeitsminister von Zeit zu Zeit festgesetzt wurde, ist jetzt durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 30. August 1923 eine automatische Regelung, und zwar eine selbständige Anpassung der Grenzen an die Geldentwertung eingeführt worden. Danach wird die Zuständigkeitsgrenze im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz im Kaufmannsgerichtsgesetz in Höhe von 5000 ℳ zugrunde gelegt wird und diese Differ mit der auf solche 10 000 nach unten abgerundeten Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten der Vorwoche multipliziert wird. Die Zahl, die sich aus dieser Rechnung ergibt, stellt die Jahreseinkommensgrenze dar, bis zu der Angestellte der Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts unterliegen.

Ebenso ist durch dieselbe Verordnung des Reichsarbeitsministers die Berufungsgrenze im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz zugrunde gelegt die Friedensbemessungsgrenze im Kaufmannsgerichtsgesetz von 300 ℳ, die mit der von 10 000 nach unten abgerundeten Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten der Vorwoche multipliziert wird. Auch in dem Berufungsgesetz ist der Festsetzung der Friedensbemessungsgrenze im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz gezogen. Die Mehrsätze für Heizung und Beleuchtung stieg um 43,7 Prozent auf 3 425 786, die Kosten für kulturelle Bedürfnisse um 69,8 Prozent auf 1 980 676, die Verkehrskosten um 116,6 Prozent auf 1 602 041.

1. Bis auf weiteres sollen die Höchstsätze nächstmöglich so nach der letzten, vom statistischen Reichsamt veröffentlichten Indexziffer für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Beleuchtung festgesetzt werden.
2. Den Ausgangspunkt für diese Festsetzung bildete die Woche vom 8. bis zum 14. August 1923 mit einem Unterstützungshöchstsatz von 225 000 ℳ für den männlichen, nicht in fremden Haushalt lebenden Erwerbslosen über 21 Jahre ohne Angehörige in der Ortsklasse A bei einem Teuerungsindex von 149 581.
3. Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt worden, die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen in den unter I und 2 dargelegten Rahmen bis auf weiteres selbständige festzusetzen. Er hat dabei die Sätze angemessen abzurunden.

In diesem Rahmen betragen auf Grund der Festsetzung des Reichsarbeitsministers die letzten Unterstützungssätze in der Woche vom 5. bis 11. September 1923 täglich (in tausend Mark):

	Ortsklasse A	Ortsklasse B
Für männliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	2450	2000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	2030	1610
c) unter 21 Jahren	1460	1100

Eine wertbeständige Neuregelung ist ferner vom Reichsarbeitsministerium getroffen worden bezüglich der Festsetzung der Höchstsätze des Grundlohnes in der Krankenversicherung. Auch hier ist vom Reichsarbeitsministerium die vom Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichte Wochenbedarfsziffer zugrunde gelegt worden. Auch hier ist vorgesehen, daß die Anpassung der Grundlohnes an die Teuerungsentwicklung durch das Reichsarbeitsministerium vom 31. August 1923 ab für die Festsetzung der Grundlohnes im unbesetzten Gebiet mit 7, im besetzten Gebiet mit 8 pro Tag festgesetzt ist. Die Berechnung ist veröffentlicht in Nr. 202 des „Deutschen Reichsanzeiger". Die Neufestsetzung ist am 3. September 1923 in Kraft getreten.

★

Auch in der Unfallversicherung haben die katastrophalen Währungsverhältnisse eine wertbeständige Regelung im Rentenzuschlag erfahren. Der Reichstag hat am 20. August 1923 ein Gesetz über Änderung in der Unfallversicherung verabschiedet, wonach die Zulagen der Unfallversicherung gleichfalls unter Zugrundelegung der Indexziffer für Lebenshaltungskosten „wertbeständig" gemacht werden und im Gegensatz zur bisherigen Regelung die Zulagen berechnung auch auf Renten unter 33⅓ bis einschließlich 20 % gewährt wird.

Familiennachrichten.

Verlobungen: Frl. Margarete v. Woedtke m. Grafen Wilhelm v. Oeyen, Wolkow, Kr. Belgard—Berlin. — Frl. Elfriedt Lange m. Leutnant Walter Rüter, Cassel—Frankfurt a. M. — Frl. Lina Rosenbaum m. Willy Camnitzer, Brunen—München. — Frl. Alice Donath m. Fritz Bernstein, Stettin—Berlin. — Frl. Hetta Werner m. Max Straub, Berlin. — Frl. Lotte Goehlmann m. Ernst Gallerstedt, Berlin—Danzig.

Vermählungen: Kurt Moses Dumont m. Frl. Gabriele Lenbach, München. — Graf Gottfried v. Schwerin m. Freiin Marianne v. Blomberg, Buchholzer, Kr. Grünberg. — Erich Kuhlke m. Frl. Gisa Kellner, Magdeburg. — Gerson Bettler m. Frl. Henriette Meisen, Heidelberg—Wiesbaden—Frankfurt a. M. — Kurt Meier m. Frl. Trude Sydhöft, Essen—Dortmund.

Geburten: Ein Sohn: Major Manfred v. Schwerin u. Gräfin Augusta-Victoria geb. Gräfin Geßler, Fürstenwalde. — Oberstleutnant Hans Sachtler u. Fr. Justa geb. Wettengel, Germersheim (Rhein). — Rudolf u. Fr. Hilde geb. Eisenberg, Frankfurt a. M. — Eine Tochter: Freiherr Leon v. Manteuffel u. Freiherr Elisabeth geb. Gontard, Altengrad Behrend b. Pyritz. — Ludwig Bauberger u. Fr. Thea geb. Epstein, Lichtenfels a. Main.

Todesfälle: Generalleutnant a. D. Kuno v. Barfod, Wernigerode. — Großkaufmann Heinrich Kunding, Wiesbaden. — Frau Marie Allmann geb. Hauser, München. — Rabbiner Dr. Felix Cadeing, Charlottenburg. — Rabbiner Cons. Samuel Meyer, Wiesbaden. — Stiftsdamen a. D. Frau Gustav Blanck, Berlin. — Frau Berta Bode geb. Friedrich, Berlin. — Magistrat Alexander Schiff, Frankfurt a. M.

Bekanntmachung.

Die bei der 1. Oktober 1921 verloren Pässe sind verfleiert worden. Die Plankleinsinder werden aufgefordert, den etwaigen Ueberschuß gegen Rückgabe des Musterschein abzuliefern.

Nach dem 8. September 1923 ist jeder vor dem 1. Oktober 1921 ausgeliefert Plankleinsin erlischen. Der Ueberschuß wird dann einer mitten Stiftung überwiesen.

Staatsstiftung Velhamm.

Greifswald—Berlin.

Ausfunft einer Pension (Dame oder Herr) für meine Tochter gesucht. Nähe Berlinand bevorzugt.

Ludwig Bassenthal, Greifswald.

Zur Leitung der Ein- und Verkaufs-Abteilung meiner Metallwarenfabrik wird zum möglichst baldigen Eintritt

erfahrener Kaufmann

in mittleren Jahren auf gleicher oder verwandter Branche gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsanspruch erbeten unter Nr. 888 an die Expedition dieses Blattes.

Nordstern-Lebensversicherungspolicen im Jahre 1920 fällig

suche zu kaufen und zahle den 1000fachen Nennwert. Offerten unter Nr. 888 an die Expedition dieses Blattes.

Zeichnet

auf die

Vierte Serie der wertbeständigen 6%igen Kohlenwertanleihe des Fernsprechwerk Franken-Thüringen G. m. b. H. Neustadt bei Coburg.

Der Zeichnungspreis für einen Zentner Kohle entspricht dem jeweiligen Kohlenpreis am Tage der Einzahlung. Z. B. am 6. September 1923, kostet ein Zentner Kohle: Mk. 8 Millionen.

Altzink, Zinkabfälle kaufen Gebr. Holzinger, Zinkschmelzerei Neukölln. Tel.: Neukölln 4545—4547

Stahl-Fisch

das ideale und bewährte Paddelboot

D. R. P. angem.

Moosdorf & Hochhäusler

Berlin SO. 33, Moosdorfstr. 23.

Zwischen

RIGA und WIRBALLEN

verkehrt in den Zügen Nr. 11 und 12 ein Schlafwagen III. Klasse der

Internationalen Schlafwagengesellschaft.

Ausser der Bettkarte bedarf es nur einer Fahrkarte III. Klasse.

Nähere Auskünfte erteilen die

Agentur der Internationalen Schlafwagengesellschaft

Berlin NW. 7. Unter den Linden 57/58 und sämtliche MER-Reisebüros.

Grundstücke,

Häuser, Geschäfte, Villen, Landhäuser, landw. Anwesen kaufen und verkaufen; Hypothekenbeschaffung, Bauprojektierung, Gesellschaftsgründung, Teilhabergesuche etc. erledigen Sie nur durch

Gebr. Carstwin,

Immobilien, Handels- und Finanz-A.-G., Sitz Kontanz, mit ihren Niederlassungen in Dresden, Chemnitz, Zittau, Halle, Hamburg und der Tschecho-Slowakei.

Landhaus in Zehlendorf-West.

6 Zimmer, Diele, Garderobe, 2 W. C., großes Wohnzimmer, Bad, Zentralheizung, Warmwasser, 2 Veranden, großer Garten, in Umtausch mit kleiner Abtrennung in Grunewald, Berlin gegen Zahlung einer Abfindungssumme zu vermieten.

Baumeister Otto Laternser, Zehlendorf.

225 qm Büroräume,

abgeteilt, Etage, direkt am Kaufhaus des Westens, sofort zu vermieten. Zu erfragen b. Schlüter, Berlin, Tauentzienstr. 7, 1. Tr. r. Knopp, Neue Grünstr. 17.

In neu aufgestocktem Hause

Büroräume,

vier Zimmer, Frühstück, helle Lage, Nähe Potsdamerplatz, Preis, sich ihnen helle Räume und unter Nr. 854 an die Exp. d. Bl. zu richten.

Zehlendorf W.

Sehr schöne Villenbesitzung mit allem Komfort, ca. 12 Zimmer, grosser Garten, ist zu verkaufen.

Isr. Schmidt Söhne

Leipziger Strasse 112

Zentrum 12000/03, 3066, 10371/72.

Die Fahrvorschlüsse ist die zu

grössten Wohnungsnachweis

Georg Kleinod, SO., Falckenstein-Strasse 22

Gleiches gilt auch für Geschäftslokale etc. in so. Schnellste, sauberste, sachm. Bedienung, zahlreiche Anerkennungen. Abonnenten-Listen, Landschriften u. D. Mietsbeurkundung sch. wiesigl. Falle. Verr. v. d. Mietsvereinigungen-Gintern.

Für eine

Chemische Fabrik bei Hannover

wird zur Leitung des Betriebes ein stiller oder tätiger Teilhaber mit

ca. 50 Milliarden Mark

gesucht.

Das Unternehmen ist eine Aktien-Gesellschaft und sind die Leiter derselben tüchtige Kauf- u. Fachleute. Näheres durch

Paul Michalke,

Berlin C. 25, Münzstrasse 22.

Fernsprech: Alex. 8826.

Emil Busch, Aktiengesellschaft Optische Industrie,

Rathenow.

Das Ausschüttungsgesetz für das laufende Geschäftsjahr ist auf

338 000 % an ℳ 4 056 000.—

für das Stück zu ℳ 1000.— erhöht.

Der Vorstand.

Bayerische Vereinsbank.

Unsere Aktien der Emissionen 1923 werden gegen Rückgabe der erteilten Quittungen von den Ausgabestellen, bei welchen die Anmeldung erfolgt ist, ausgeliefert.

München, 7. September 1923.

Nürnberg, 7. September 1923.

Die Direktion.

Berühmte Berliner Stammtische.

Von

Fedor v. Zobeltitz.

VII.

Beim Klaukner.

Ich erinnere mich eines feuchtfröhlichen Abends vor langen Jahren, an dem eine kleine Gruppe heiterer Menschen aus der damals noch von Spielhagen geführten Literarischen Gesellschaft tam und vom Hotel de Rome aus die Linden hinabschritt, um irgendwo den Tag mit einem guten Glas Bier zu schließen. Von diesen liebenswürdigen Leuten lebt heute außer mir kein einziger mehr: Hans Hoffmann, Otto Erich Hartleben, Karl Peters, Franz Adam, Arthur von Gwinner, Heinrich Seidel — alle hat schon der Tod gefällt, die damals noch duftige Reben hatten und mit Bernstein der Regie Dürlichens spielten, der immer genau wußte, wo es einen süffigen Tropfen gab. Er führte uns zum alten Klaukner in der Krausenstraße, und da war der Pilsener Urquell in der Tat so frischschäumend, daß wir noch viel lange zusammen saßen, an allerlei Erlebnisse Peters und meine Bemerkungen, und vielleicht wären wir noch länger an Ort und Stelle verblieben, hätte sich nicht der Kellner, der bereits müde, bei gutem Vorreden in einer Drohung nach seiner Wohnung in der Kurstraße zu gehen.

Der Klaukner erfreute sich damals schon einer gewissen Berühmtheit. Johann Michael Klaukner hatte, wie die Notizen seines Sohnes verzeichnen, im Oktober 1875, also zu ziemlich stängender Zeit, das Lokal in der Alexanderstraße 38 eröffnet. Es hatte bereits in den ersten Wochen einen regen Zuspruch, und da das Wallner- und das Residenztheater ganz in der Nähe lagen, so blieb das Lokal bald nicht nur Stammtisch von Schauspielern, den man den Tisch der Theaterleute nannte. Die jüngere Generation hat von den Theaterleuten vielleicht nur Georg Engels kennen gelernt. Er kam zu unglaublich später Zeit mit der lieben Kleinen Christine Theater aus Residenztheater, dem Wallnertheater, in der Franz Wallner mit seinem Personal wie Helmerding, Reuthe, von dieser Neumann, mit der Wolfrate und der Schramm eine vielbesuchte Stätte für das Volksfest und die Lokalposse geschaffen hatte. Er verpachtete 1898 das Theater an Adolf Ernst, der in gleichem Sinne fortführte. Helmerding blieb ihm treu, und zu ihm traten noch Ernst, der behäbige Pfeffner, Blencke, der Unverzüstliche, der bei jedem Auftreten eine Atmosphäre von Behaglichkeit um sich zu verbreiten wußte, der treffliche Hermes, Kriete u. a. allesamt auch Mitglieder der Pfennerstiftungsrunde bei Klaukner. Das Residenz-Theater schlitzte allerdings nicht an diesem ersten Klaukner-Stammtisch. Albert Rosenthal, der es mit Tandous „Kennaß" eröffnete, hatte die Direktion 1879 an Emil Claar abgegeben, der zu den Getreuesten der Pfennerstiftung gehörte, und mit ihm Bekmann, auch Haas und der elegante Keppler.

Im Jahre 1882 verlegte Klaukner das Gefährt nach der Krausenstraße 60. Hier war nun wiederum das Königliche Schauspielhaus nicht weit, und da setzten sich denn die Herren Schlenther, Reipert, Hellmuth-Bräm und von der Oper vor allem Krolop, Kothmühl und Beck, dazu besonders Kaufer beim Pilsener fest. Ich erinnere an einen anderen Tisch, dessen fast nur Journalisten, hauptsächlich von der berüchtigten „Börsen-Zeitung", immer um einen andern Berliner Kaufer Konfektion und an einem Fensterplatz Parlamentarier vom Reichs- und Landtag, unter ihnen unweitab auch die Prinzessinnen Alexander Wenzel, besonders aufhänselte? Was Bier, das nicht notwendig werde, habe seinen Zweck verfehlt, damals in aller Mund, war der Pilsener Kaufer, sich also allsemach vier verschiedene Stammtische neblibet, und gab nun der Besitzer, um sich weiteren Mühsal zu ersparen, ein neues Lokal in der Kranzenstraße 12 gemietet hatte, konnten die leidenden Gäste den Umzug kaum erwarten. So wurde denn das neue Lokal, das ich erst kennen hatten, bab in den Kellerreien des neuen Lokals bereits Bier lanzen und darauf wurde verzehrt, zu werden, in corpore auszuwandern. Bergedrüh erklärte ihnen Klaukner, daß in der Kranzenstraße noch Mord schlenden, und daß kein Gäste bandem sei: Dem Stammtisch der Schauspieler aus vor die Pause ausgegeben werden, daß punkt 12 Uhr der Lichtmann ausgehen, und So geschah es denn auch. Jeder der Stammgäste hatte sich mit einem Kraut und einer Steuerinschrift versehen, Kaufer, Kothmühl und Hellmuth-Bräm voran, die ganze fröhliche Gesellschaft unter Anleitung des Liedes „So leb' denn wohl, du altes Haus" eine Straße weiter in das neue Lokal.

Hier wuchs im Laufe der Jahre die Klaukner-Gemeinde zusehends. Der Schauspieler-Stammtisch blieb, und Kaufer wurde Schauspielerchen. Ein neuer Gast war Adolph Ernst, der das aus dem Wallerkal Klaukner in der Dresdener Straße hervorgegangene Residenztheater übernommen hatte. Auch Kommissionsrat Grosskopf gehörte zu diesem Stammtisch, der Barbinder des Wallner-Theaters, und noch viele andere Berufsfreunde: Richard Anger, ein kalentvoller Mensch, Reporter, Verfasser zahlreicher kleiner Gesellschaftsspiele, auch die in Berliner Zeitschriften spielten und in der Wallnalle, im Reichshallen- und American-Theater viel gegeben wurden, Friedrich Dieckmann, der Sänger-Theaters, das er einer volkstümlichen Kunststätte umzuschaffen verstand. Hier lernte Fritz Kreisler und Max Reinhardt, die Gebrüder Wolff, Max Grube, unser Kyselkeuter: Graßmann, unseres ersten Polizeipräsidenten im neuen Reich, und Mandbach, einen Kollegen von der Eisenbahn. Um diese beiden Gewaltigen gruppierten sich ein ganzer Schwarm ihrer Bekannten, wurden, schon verstanden sie Berliner, aber auch Jüngere, die noch auf den Gedenkmarsch, ihr Weg sich sich vorläufig den Klaukner-Tischen Gerstensaft zu schmecken ließen.

Die Gäste mehrten, doch die Räume behielten sich nicht. Man mußte an eine abermalige Ueberlieferung denken und fand, nun das Haus Alexanderstraße 64 in der gleichen Straße, in dem auch heute noch das Lokal sich befindet. Da blühten denn die Stammtische, wobei kam vielleicht die Bezeichnung „M. A. H. A. B. A."-Tisch, das heißen sollte: „Mehr Jeder hat Mag am Bierstich". Ueber das Geschmackvolle dieser Bezeichnung wird sich streiten lassen. Tatsache ist, daß er Nachahmung fand. Der Tisch war meist von reisenden Kaufleuten besucht und hand unter dem Präsidium eines Kaufmanns Stadtverordneten, und Herrn Stadtrat. Und nun geschah, daß die überall herumkommenden Reisenden auch in anderen Großstädten Stammtische unter dem gleichen Namen begründeten, mit denen man dann von dem Berliner Urtisch aus und Jäger gegenseitig in lustigen Briefen und Depeschenwechsel nicht nur Kaufmännischer Stammtisch entstand den sogenannten „Falken" Bilett gegründet, das aber nur zur Tagtagzeit, und ein dritter entwickelte sich unter dem fröhlich berühmten Namen „Kartoffeltisch" in den Jahren Nämmen des Schlosses, wahrend in Bonn vorderen der zwei junge Adolf Zimmermann eine Anzahl Journalisten um sich bereitet, die Stammtisch, dem Kaufmann, Kaufmann, Kaufmann,

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 9. September 1923.

Längere Straßenbahnpause?

Die Gewerkschaften wollen nicht.

Wir erhalten folgende Meldung: Der Aufnahme des neuen Straßenbahnverkehrs stellen sich größere Schwierigkeiten entgegen, als man ursprünglich in städtischen Kreisen und in der neuen Direktion selbst erwartet hatte. Die seit zwei Tagen mit den Gewerkschaften stattfindenden Verhandlungen über die neuen Arbeitsbedingungen haben bisher zu keiner Einigung geführt, und wenn es am heutigen Sonnabend nicht gelingen sollte, eine Verständigung zu finden, ist keineswegs damit zu rechnen, daß der Mittwoch oder Donnerstag ein und aus einigermaßen annehmbarer Verkehr eingerichtet werden kann. Die Hauptschwierigkeit in den bisherigen Besprechungen liegt darin, daß die neue Direktion dieselben Arbeitsbedingungen verlangt, wie sie in anderen Städten bereits bestehen, wo die Straßenbahnen sich in städtischer Regie befinden und wo die Angestellten weniger Urlaub und eine Arbeitszeit haben, die im Fahrdienst allein ohne Anrechnung der Betriebspause dauert. Die Gewerkschaften berufen sich jedoch darauf, daß die Straßenbahn, da sie nach wie vor rein städtisches Unternehmen ist, unmöglich Arbeitsbedingungen schaffen könne, die nicht in den Rahmen der zwischen der Stadt und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter getroffenen Abmachungen hineinpassen. Aus demselben Grunde wird es der neuen Direktion auch nicht möglich sein, andere Löhne zu zahlen, als die bisher von der Stadt auf Grund der Abmachungen zwischen dem Reich und den Spitzengewerkschaften garantierten Belange.

Daher wird die Straßenbahndirektion schon in der kommenden Woche sehr erhöhte Tariferhöhungen vornehmen müssen. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, für den Umsteigefahrschein 250 000 ℳ und für die einfache Fahrt 200 000 ℳ zu nehmen. Die rasende Geldentwertung zwingt jedoch das neue Unternehmen über diese Sätze sehr erheblich hinausgehen und man wird mit Fahrpreisen rechnen müssen, die fast eine Verdopplung der ebengenannten gleich kommen.

Wir bemerken zu dieser Meldung, die wir allerdings nicht mehr in allen Teilen nachprüfen können, daß sie uns keineswegs übervollständig erscheint. Statt daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß wenigstens der größte Teil ihrer Angehörigen möglichst rasch in produktive Tätigkeit zu einem erträglichen Verdienst gelangt, wird hartnäckig an Sonderprivilegien festgehalten, die bei der gegenwärtigen Lage den Interessen aller anderen Arbeiter Berlins auf das schärfste widersprechen. Wie mit dabei die Sprache der kommunistischen Demagogen mitspielt, soll unumstritten bleiben. Es liegt eine gewisse Ironie darin, daß die städtischen Arbeiter selber sich so eifrig bemühen, nachzuweisen, daß ein kommunaler Betrieb nicht rentabel gemacht werden kann, weil man nicht die Entschlußkraft findet, sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu beugen. Ein niederschmetternder Anstoß für die „städtische" G. u. b. H.!

Was den zweiten Absatz obiger Meldung anlangt, so enthält er, abgesehen von der Bejahnahme auf die Gedenkmeldung, eine Ungehörigkeit, d. h. einen gleichen Bruch der offiziellen und offiziösen Anlagen, daß nämlich, um die Einschränkung der Linien für die Bevölkerung tragbarer zu machen, für Umsteigefahrten keine erhöhten Preise genommen werden sollen.

Um zwei Brote und eine Tüte Bonbons.

Ein Strafverfahren wegen Diebstahls zweier Brote und einer Tüte Bonbons beschäftigte die Gerichte seit fünf Jahren und kam erst jetzt vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I zur endgültigen Entscheidung. Im September 1918 hatte der Schlosser Karl Ott als Fahrerstellvertreter mit zwei anderen Leuten einen Einbruch in eine Bäckerei verübt. Die Diebe hatten nur die beiden Brote und die Tüte Bonbons vorgefunden und auch diese Beute war ihnen, bis sie sofort nach der Tat erwischt wurden, nicht abgenommen worden. Während die beiden Mitäter schon vor Jahren abgeurteilt worden waren und ihre Strafe längst abgesessen hatten, blieb Ott seiner Freiheitsstrafe verschwunden. Es war gegen ihn Haftbefehl und Steckbrief erlassen worden und es war im Laufe der Zeit eine dicke Aktenband von mehreren hundert Seiten entstanden. Dieses mußte der Hauptverhandlungstermin beziehen werden. In der neuen Verhandlung vertrat der Staatsanwalt neuen Monate Gefängnis. Der Verteidiger war der Meinung, daß Mundraub, im ungünstigsten Falle Diebstahl in Frage komme und daß überdies die Amnestie von 1918 in Geltung komme. Das Gericht trug diesen Ausführungen insofern Rechnung als es Mundraub annahm und das Verfahren einstellte.

Saarkinder in Berlin.

Auf der Heimreise aus Pommern.

Meine Hand ist ganz schwarz. Wohl hundert verstaubte Kinderhände haben sie gedrückt. Aus allen Wagenfenstern streckten sie einem die Arme entgegen. Sie waren ganz erschöpft, haben in jedem Anwesenden ihren Freund. Sogar von den Bonbons, die sie zum Abschied erhalten hatten, wollen sie einem abgeben. — Die lachenden Saarkinder, die soeben Berlin verlassen haben. Zuweilen winkende Hände, flatternder Tücher; strahlende Augen unter blonden und braunen Fischdeckenkappen und blauen Bubenmützen, auf den Lippen das Saarlied: „Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!" So fahren sie ihrer Heimat zu.

Einen runden Tag haben die 288 Saarkinder, die aus Pommern kamen, in Berlin verbracht. Am Bahnhof begrüßte sie der Städtedezernent des Viktoria-Lyceums; ein Saarländer und Frau Reichstagsabgeordnete Mende sprachen warme Worte. Gemeinsam wurde das Deutschlandlied gesungen. Dann teilte der Ausschuß, der seit Wochen den Empfang vorbereitet hatte, die Kinder in Gruppen: Zemzdorf, Friedenau, Engelpl usw. Jede Gruppe hatte ein Auto der Schutzpolizei zur Verfügung. Fröhlich wurden die hohen Sitze erklommen, und unter lautem Schwatzen und Gelang ging es zu den Gastgebern, die den Kindern in ihrem Heim Unterkunft boten.

Am nächsten Morgen waren die Kinder schon um 8½ Uhr in den Kammerlichtspielen am Moritzplatz. Hier wurde ihnen ein Kasperlspiel bereit erklärt, die Begleitung zum 4. Teil des „Fliegenden Holländer" zu spielen. Gab das ein Aufjubeln, als die Musikmärchen des Alten Fritz ertönten.

Vor dem Kino wartete die Autos, die von mehreren Gesellschaften zur Verfügung gestellt waren. In schneller Fahrt ging es durch die Leipziger Straße, dann zum Schloß und unter den Linden zum Tiergarten und zur Bendlerstraße. Vor dem Reichswehrministerium wurde von Kommandanten von Berlin, Generalmajor von Tieht, dem ehemaligen Kommandeur des 7. Rheinischen Infanterie-Regiments, gerade die Wachtparade abgenommen. Die Musikkapelle spielte Hymnenlerde Weisen. Mit großen Augen sahen die Kinder zu.

Dann wurden sie im Königsgräber Garten zum Mittag gespeist. Die Mehgerinnung, der Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche, das Rote Kreuz und andere Frauenstiftungen hatten dazu beigetragen, daß die Kinder nicht nur satt wurden, sondern auch Proviants auf die Reise mitnehmen konnten. Ihre Gastgeber, in Berlinern und Berlin hatten sie mit allerlei guten Gaben versorgt. Da ab es Lebende und geschlachtete Hühner, Kaninchen, Würste, Millionenscheine, Zwieb, Schuhe. Der Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften schenkte jedem Kinde ein Buch als Reisegefährten, was mit lautem Hurra begrüßt wurde.

So war man von allen Seiten bemüht, den Saarländern Freundschaft zu erweisen. Strahlend, singend, schwatzend nahmen sie es hin, voll Vertrauen und voll Hoffnung auf ein Wiedersehen. „Was war am schönsten?" wurden sie gefragt. „Das Kino!" rief die Mehrzahl. „Gefällt euch Berlin?" „Sehr gut; wir wollen gern nächstes Jahr wiederkommen. Hier zeigten einem alle, wie freundlich sie es mit uns meinen!"

Else Frobenius.

Das Auto des Fürsten Blücher.

Eine Anzahl junger Leute war auf einer Kneipfahrt und kam dabei stark angetrunken spät abends in ein Lokal im Hansaviertel. Dort stand auf der Straße unbeaufsichtigt das Auto des Fürsten Blücher von Wahlstatt. Der Kaufmann Rau animierte seine Kneipgenossen, das Auto mitzunehmen. Unter großem Hallo flogen die angetrunkenen jungen Leute ein und ein gewisser Bromme fuhr das Auto bis zur Tiergartenbrücke. Hier holte ein Chauffeur Schendel sein eigenes Auto aus der Garage und beide Autos fuhren nun in dunkler Nacht in rasendem Tempo zum Brandenburgischen Tor. Der Wagen des Fürsten Blücher wurde in einen Dickicht eingebogen, das entwendete Auto in Waldesdunkel abmontiert. Die Burschen nahmen die Reifen, Felgen und alles, was sich leicht entfernen ließ, ab und luden diese Gegenstände auf das Auto Schendahl. Das Auto des Fürsten ließen sie auf der Heerstraße stehen. Beim Verkauf der Gegenstände wurde Schendahl verhaftet und dem Spezialdezernat für Automobildiebstähle gelang es später, auch die übrigen Diebe zu ermitteln. Schendahl und Bromme waren vom Schöffengerichte zu neun Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt worden. Gegen Rau und die beiden anderen Teilnehmer erkannte das Schöffengericht auf neun Monate Gefängnis.

Neuer Mord in Reinickendorf.

Kaum ist der Mord an der alten Händlerfrau Beck in der Fürstenberger Straße aufgeklärt, und schon wird der am Donnerstag spät abends entdeckte Kindermord an der kleinen Ingeborg Marktanski in der Ahlendtstraße völlig im dunkeln, so daß bisher nicht wieder die Kunde vom einem Kapitalverbrechen die Reichshauptstadt. Sein Opfer ist eine noch unbekannte Frau von etwa 20—30 Jahren. Der Tatort liegt noch nicht fest, der Fundort liegt in Reinickendorf-West. Ein Spaziergänger fand eine Entfernung von einigen 100 Metern die Friedhöfe der Nazareth- und der Dankgemeinde schräg hinüber. Das frische Zwischenland ist weltiger Sand, zum Teil Spielplatz für Kinder, zum Teil mit Kartoffeln bestellt. Eine Frau, die gestern spätnachmittag mit einem Hunde über das Gelände kam, um Kartoffeln zu holen, wurde auf einigen Sandhügel, etwa zwei bis vier Meter vom Zaun des Nazarethfriedhofes durch das Tier aufmerksam. Sie sah an einer Stelle ein Gebiete herausragen, das sie erst für einen Schweinskopf hielt, aber bald eine Leiche einen Fuß. Die Frau dachte, daß jemand vielleicht Aas hat von einer Abdeckerei verscharrt habe. Als sie aber mit einem Stock im Sande herumwühlte, erkannte sie bald, daß es sich um ein Kind handelte, das nur bis an den Hals mit dem grauen Sand eines Menschenfußes bedeckt. Der lose Sand wurde entfernt, und unter einer dünnen Schicht lag, lang ausgestreckt, auf dem Rücken die stark blutige Leiche einer Frauenspersonen, die nur mit einer weißen Unterhalte, einem weißen Hemd, einer weißen Hose und einer weißen Bluse bekleidet war. Überrock, Strümpfe und Kopfbedeckung fehlten. Die Unterhalte und das Hemd waren stark durchgeschnitt. Dr. Straßmann erkannte bei der vorläufigen Untersuchung der Leiche sofort, daß ein Mord vorliege. Die Tote hatte deutliche Würgemale am Hals und starke Stichwunden am rechten Ohr nach der Backe zu, in der Halsgegend, am Kehlkopf und auch in der rechten Hand. Andere Verletzungen scheinen von einem stumpfen Werkzeug herzurühren.

Es kommt in erster Linie darauf an, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen. Sie ist, wie schon erwähnt, etwa 20—30 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß. Besondere Kennzeichen sind drei alte Narben an der rechten Hand, die wahrscheinlich von einer Operation herrühren, zwei am Zeigefinger und eine lange am Mittelfinger, die von Handrücken bis zum ersten Gliede reicht. Aus den Unterkleidern ist nichts festzustellen. Sie sind alle gut und sauber und lassen vielleicht auf eine Angestellte der besser gestellten Arbeiterkreise schließen. Die Tote hat deutliche Wasserwellen im Haar und starke Stichwunden am rechten Ohr nach der Backe zu, in der Halsgegend, am Kehlkopf und auch in der rechten Hand. Andere Verletzungen scheinen von einem stumpfen Werkzeug herzurühren.

Es kommt in erster Linie darauf an, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen. Sie ist, wie schon erwähnt, etwa 20—30 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß. Besondere Kennzeichen sind drei alte Narben an der rechten Hand, die wahrscheinlich von einer Operation herrühren, zwei am Zeigefinger und eine lange am Mittelfinger, die vom Handrücken bis zum ersten Gliede reicht. Aus den Unterkleidern ist nichts festzustellen. Sie sind alle gut und sauber und lassen vielleicht auf eine Angestellte der besser gestellten Arbeiterkreise schließen. Die Tote hat deutliche Wasserwellen im Haar und starke Stichwunden am rechten Ohr nach der Backe zu, in der Halsgegend, am Kehlkopf und auch in der rechten Hand. Andere Verletzungen scheinen von einem stumpfen Werkzeug herzurühren.

Markenbrot 720 000 Mark.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom 10. September 1923 ab erhöht sich der Preis des Kommunalbrotes auf 720 000 ℳ, der Preis der Kommunalschrippe auf 30 000 ℳ.

Bäderindex 5,5 Millionen!

Der Preismultiplikator für Bäder und Kurorte beträgt mit Wirkung vom Donnerstag 4 000 000 und dürfte von Montag ab auf 5,5 Millionen erhöht werden.

Eine Sumpfhöhle.

Beamte eines Reviers der Falzeiten Kreuzberg wurden nachts herbeigerufen, um in einem Hause in der Stallschreiberstraße nach dem Rechten zu sehen. Dort fanden Nachtlinge hatt, wobei Geld im Preise von 55—60 Millionen verschafft wurde. 14 „Damen" und „Herren" mußten den Weg zur nächsten Wache antreten.

Sonntagsrückfahrtkarten.

Die Preise für Sonntagsrückfahrtkarten (zur Hinfahrt ab Sonntag Mitternacht gültig), die gegen die gewöhnlichen Fahrpreise um 40 v. H. ermäßigt sind, werden mit dem 1. September ebenfalls nach Grundpreisen berechnet, die mit der jeweils nächsten Schlußfestzahl (zurzeit 600 000, ab 11. 9. 1 500 000) zu multiplizieren sind. Die Grundpreise, die von jetzt an unverändert bleiben, sind folgende:

Vom Stettiner Bahnhof nach Biesenthal 3. Kl. 1,20 ℳ, 4. Kl. 1,00 ℳ, Melchow 1,20 ℳ und 1,10 ℳ, Eberswalde 1,80 ℳ und 1,40 ℳ, Chorzinchen über Niederfinow 2,20 ℳ und 1,70 ℳ, Chorin über Faulenberg 2,30 ℳ und 1,80 ℳ, Freienwalde 2,60 ℳ und 2,00 ℳ, nach Fichtengrund 1,50 ℳ und 1,10 ℳ, Waßenheide 1,50 ℳ und 1,10 ℳ, Löwenberg 1,70 ℳ und 1,40 ℳ, Gransee 2,20 ℳ und 1,70 ℳ, Fürstenberg 3,20 ℳ und 2,40 ℳ, nach Werbellinsee 2,00 ℳ und 1,90 ℳ, Joachimsthal 2,60 und 2,00 ℳ.

Vom Schlesischen Bahnhof (von Stadtbahn) nach Ostbahnhof (oder Stadtbahn) nach Gr. Besten 1,30 ℳ und 1,00 ℳ, Teupitz-Groß Köris 1,70 ℳ und 1,30 ℳ, Halbe 2,00 ℳ und 1,50 ℳ, Brandis 2,40 ℳ und 1,80 ℳ, Lübben 3,00 ℳ und 2,20 ℳ, Lübbenau 3,80 ℳ und 2,60 ℳ, nach Storkow 1,90 ℳ und 1,50 ℳ, Fürstenwalde 2,10 ℳ und 1,60 ℳ, Müncheberg 2,80 ℳ und 1,70 ℳ, Beeskow 3,10 ℳ und 2,30 ℳ.

Vom Potsdamer Bahnhof nach Cottbus-Gelsen über Wildpark 1,30 ℳ und 1,10 ℳ, Ferch-Niemegk 1,50 ℳ und 1,20 ℳ.

Die Sonntagsrückfahrkarten nach Lindow (Mark), Rheinsberg und Himmelpfort werden bis auf weiteres nicht mehr ausgegeben.

Kurze Meldungen.

Ahlensberg in Niederbayern, berühmt als Geburtsort Johann Turmairs, genannt Aventin, des Vaters deutscher und bayerischer Geschichtsschreibung, wird Ende September in ruinen an allen vier Ecken anzünden. Sie haben nur einen Hof niedergebrannt, zwei tausend Zentner Getreide wurden ein Raub der tausend Zentner Futtermittel zugrunde gingen.

In Seebruck, einem kleinen Ort mit dem schönsten Alpenblick am Chiemsee, hat ein Bombenanschlag auf das Bestitum des Kommunalrats und Hauptbesitzers Wehrung großen Schaden angerichtet.

Heute kosten in Berlin:

(Preise in 1000 ℳ)

Markenbrot: 720 000 (gestern: 520)
Markenschrippe: 30
Marmelade: Kroll (1200 gr): 2800
Milch: 1 : 400
Butterin: Gr. 4063 (frei Haus)
Mehl: etwa 550
Strom: Licht und Kraft 550
Straßenbahn: 150, Also 80
Hochbahn: III. 90 und 190; II. 190 und 150
Stadtbahn: III. 150, II. 205
Omnibus: 150 und 200
Droschken: Kraftw. 2 millionenfache, Pferd 1 millionenfache Taxe
Postkarte: Berlin 15, außerhalb 80
Brief: Berlin 40, außerhalb 75
Automatengepäck: 75

Bäderindex: 4 000
Kurgebäude: 9 000
Buchhandelsindex: 2400

5. September 1923.

Herausforderungskämpfe im Ringen und Heben.

Die Sport-Vereinigung Ost hält am Sonntag, den 9. September, im Sportpalast, Landsberger Allee 62, in diesem Jahre ihre letzte Gartenveranstaltung ab. Namhafte Vereine wie D. S. C., T. G. B., D. T. und Athen haben ihre Beteiligung zugesagt.

Sport.

Rennen zu Grunewald.

Um das Mal der Berliner Renntage voll zu machen, setzte am Freitag der Berliner Rennverein mit einer Herbstveranstaltung ein. Man merkte mit jedem weiteren Tage, daß die Zuschauer kein Gutbewerbsen besitzen, was bei den gegenwärtigen Zeiten nicht hoch genug zu bewerten. Die Tribünen wiesen große Lücken auf. Zwei Ueberraschungsfälle von Lebenskonne und Lombino leiteten den Tag ein. Jedoch Hugenin landete bald darauf mit Oskaren einen weiteren Ueberraschungssieg. Das Kinkelen-Rennen war mit seinem Verlauf einer Hauptnummer würdig. Wolfram III, der im Grunewald stets seine besten Rennen lief, führte für von Kindkrem, König Midas, Wilfiana, Perifies und Rinaldo bis zum Bogen hinter den Tribünen, wo er mit plötzlichem Vorstoß und Kraftentwicklung vorbeiging. Im Stellbogen lagen die Pferde bis auf Rinaldo aber wieder gut geschlossen. Vor dem Einlaufbogen verbesserte Wilfiana Platz, vermochte aber den Mittelfeld nicht zu passieren, der, stark gerieben, knapp gegen König Midas und Rinaldo gewann. Letzterer hatte in der Geraden gute Momente, wurde aber von seinem Gewicht erdrückt. Die beiden Zweijährigen-Rennen landete C. Schmidt mit Mutter und Alkamthen.

Sovereign-Rennen. 1. R. Czwalda Lebenskonne (Prestigo). 2. Wignon. 3. Lubinin. Tot.: 115, Pl. 18, 13, 36. Preis: Hugenin (Oskar), 2. Blumbs, Eberwrauf, Sotiett. Leicht ½—1½ Sg. — Hügelland-Rennen. 1. C. Gaertner Lombino (Hugenin). 2. Tessie. 3. Cro. Tot.: 139, Pl. 26, 19, 33. Rennen: Der Zorf (A.), Bolzmann, Gale Blanco, Herrsiumme. Leicht ½—1 Sg. — Heide-Rennen. 1. R. u. C. v. Weinberg Maffe (C. Schmidt). 2. Jilsch. 3. Tiefurt. Tot.: 17, Preis: ½—1½ Sg. — Sprotte-Rennen. 1. G. Schulze Oskaren (Hugenin). 2. Tolaro. 3. Pudermann. Tot.: 108, Pl. 28, 16. Rennen: Rosberg (A.), Gedelind, Wolfrit. Sehr leicht 2—1½ Sg. Kinkelen-Rennen. 1. Baumann Wilfrit Wolfram III (Zimmermann). 2. König Midas. 3. Rinaldo. Tot.: 88, 19, 45. Rennen: Knokroon (A.), Perifies, Wilfiana. Kampf Hals—½ Sg. — Landwehr-Rennen. 1. Hauptmann Kiesfeld Kilmahna (C. Schmidt). 2. Hanis. 3. Lustrum. Tot.: 13, Pl. 12, 18. Rennen: Meisenfeld (A.), Gale. Leicht. ½—1½—2 Sg. — Deutsches Derbyfeld. 1. Oberst Graziel Humbolt (C. Schmidt). 2. Puckmaster. 3. Tüberin. Tot.: 77, Pl. 17, 19, 14. Rennen: Hamlet, Wilfrit (A.), Mainmund. Mattler, Nubil, Habenera. Leicht 1—Hals—½ Sg.

Meisterschaft der Straßenmeister. Am 21. Oktober soll von Turin aus eine Radentfahrt in Zweier gehen, in der bei den Straßenfahrer an den Start gehen werden. Man rechnet auf folgende Beteiligung: Italien: Brunero und Giardenago. Belgien: Sauer und Guillot. Deutschland: Metzger und Galle. Frankreich: Gebr. Pelissier. Belgien: Wasson und Seiller.

Doppelerfolg Krupkats in Amerika. Der deutsche Rennfahrer Franz Krupkat, der zusammen mit seinem Landsleuten Lorenz und Seiboldt in den Vereinigten Staaten weilt, konnte kürzlich in New York einen Doppelerfolg feiern. In einem 20-Meilen-Dauerrennen schlug er in 27:53,4 den Belgier Rerts und den Amerikaner Raymonds aus dem Felde, um sich gleich darauf auch das zweite Dauerrennen des Tages über 50 Kilometer in 45:42,8 zu holen. Im Fliegerkampf besiegte Lorenz den zweiten Mann hinter William Spencer von Ma Pomerera.

Länderkampf Deutschland—Dänemark. Auf der Stockholmer Stadionbahn kam im Rahmen einer Amateurveranstaltung ein Länderkampf Deutschland—Dänemark im Radfahren zum Ablauf. Für Dänemark starteten Allegaard und Magnussen, für Deutschland Walter Rütt und Peter. Der deutsche Meister Rütt gewann den Fliegerkampf mit 11 Punkten gegen Allegaard mit 9 Punkten, Magnussen mit 7 Punkten und Peter mit 3 Punkten, indem er von den beiden Läufen zwei gewann und nur einmal von Allegaard geschlagen wurde. Das Tandemrennen sah die Dänen in Front, und im Bongebelehren trafen Peter.

Vaterländische Kampfspiele.

Der Hauptausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege in Berlin hatte für den 2. September seine beschlossenen Kampfspiele ausgeschrieben, denen Hunderte von Jugendlichen und eine gleich große Schar von Zuschauern Folge leisteten. Übung besonders erfreulich war es, daß gelähmte Beschenden und viele Ehrengäste erschienen waren, die damit ihre lebhafte Anteilnahme an der Jugendpflege bekundeten.

Am Vormittag fanden die volkstümlichen Wettkämpfe statt, die zum Teil ganz vorzügliche Leistungen brachten. Am Beweis, daß in vielen Jugendverbänden ernsthaft an der Erziehung der Jugend gearbeitet wird. Mit die wehrhafte Jugend war beteiligt und zeigte vor allem im Boxen gute Durchbildung.

Der nachmittägliche Teil des Nachmittags brachte in bunter Folge Wettläufe, Staffeln und Vorführungen, während die Schlußnummer eine Reihe besten Jugendlichen Wettkämpfe jeder nur denkbaren Art durchführten. Als ein ernstes Zeichen muß es gedeutet werden, daß Jugendverbände aller Richtungen sich in gemeinsamer Erziehungsarbeit zusammenfanden. Wandervogel, Jugendbund, Konfessioneller Verein, Gewerkschaftsbund und Turner stritten um den Sieg.

Das fröhlich muntere Treiben beendete bei finsterer Sonne die Preisverteilung, der eine kurze, aber eindringliche Ansprache des Oberpräsidenten von Berlin, Dr. Maier, voranging. Seine Worte waren eine Mahnung zur inneren Einheit, zu ungetrennter Arbeit, zu größer Entschlossenheit und tiefster Selbstzucht. Jugendlich, die unser Volk so bitter notwendig braucht. Mit einem Hoch auf unser deutsches Volk und dem Deutschlandlied schloß die Veranstaltung, deren Durchführung trotz der wirtschaftlichen Notlage gelungen war.

Dr. Th.

Herausforderungskämpfe im Ringen und Heben. Die Sport-Vereinigung Ost hält am Sonntag, den 9. September, im Sportpalast, Landsberger Allee 62, in diesem Jahre ihre letzte Gartenveranstaltung ab. Namhafte Vereine wie D. S. C., T. G. B., D. T. und Athen haben ihre Beteiligung zugesagt.

BANKNOTEN • WERTPAPIERE • AKTIEN • NOTGELD
R·BOLL
BUCHDRUCKEREI
UND VERLAGSBUCHHANDLUNG
BERLIN NW 6, SCHIFFBAUERDAMM 19
MEINE TELEPHONANSCHLÜSSE SIND VON JETZT AB: AMT NORDEN
6024
6025
6026
6027
WERTPAPIERE • NOTGELD • BÜCHER • WERKE • PROSPEKTE • ZEITSCHRIFTEN • ZEITUNGEN • BUNTDRUCK

UFA-PALAST AM ZOO
Nur noch wenige Tage!
SODOM und GOMORRHA
Regie: Michael Kertesz — Hauptdarsteller: Lucie Doraine
Wochentags 1/7 u. 9 — Sonntags 4, 1/7 u. 9
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.
Ehren- und Freikarten ungültig

Clubsessel
und Garnituren, Leder, Gobelin usw., erstkl. Qualitäten, ganz besonders billig
Curt Gottschalk,
Dessauer Strasse 38.

Krause Pianos
zur Miete
Berlin W 50, Arabacher Str. 1.

WINTERGARTEN Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!
Circus Busch
Tägl. 7½ Uhr. Sonntags u. 3½ Uhr. 15 Clowns Bastkönig u. Pferde! Meterdressuren! Schubarth Karsky! Virginia Constanza Busch! Klassische Hoh. Schule. Paula Busch's Raubgrau. Der Blumen Rache. In der Hauptrolle: Olga Desmond u. G. Ein Programmpunkt, den jeder schon mal gesehen haben muß. Vorherbestellte Preise!

Wiener Schloß-Restaurant und Bar
Dorotheenstraße 77-78
Exquisite Küche — Vorzügliche Weine
Wiener-Künstler-Kapelle - 7 Uhr abends

Weinhaus Waldorf
Nordfriedrichstraße 181
Behagliches, vornehmes Restaurant
Norddeutsche u. österreichische Küche - Naturweine, preiswerte Weine - Guter Mittagstisch ohne Weinzwang, civile Preise - Diners und Soupers außer dem Hause

Rennbahn Hoppegarten
Rennen am 8. September 1923,
Nachm. 2 Uhr.

Rennen zu Karlshorst
Sonntag, den 9. September, nachm. 2 Uhr.

"ROFA" Schreibmaschine farbbandlos
Berlin W. 15, Kurfürstendamm 224

Blüthner FLÜGEL-PIANINOS
Alleinvertrieb für Groß-Berlin
B. Neumann
Berlin W 30, Kurfürstendamm 228
Ducanola Kunstspiel-Pianos und Flügel.
Stpl. 15713

Verkauf eines
Fabrikgrundstücks.
Wegen Zusammenlegung mehrerer Betriebe ist ein
2,70 ha gr. Fabrikgrundstück
mit 4200 qm bebauter Fläche
sofort verkäuflich.
Auf dem Grundstück befinden sich moderne Fabrikgebäude, Kontorräume u. Wohnungen, alles in bestem baulichem Zustande. Ferner: ein Dampfkessel mit 50 qm Heizfläche, 10 Atm. Druck, elektrische Licht- u. Kraftanlage mit Transformatoren-Station, diverse Motoren etc.
Das Grundstück liegt vor den Toren einer mittleren Stadt der Provinz Sachsen mit vielseitiger Industrie, daher Auswahl an gelernten Arbeitskräften der verschiedensten Branchen. Gute Bahnverbindung. Anlage eines Anschlußgleises möglich.
Der Verkauf soll erfolgen entweder
gegen Barzahlung
oder Beteiligung an einem aussichtsreichen Unternehmen.
Ernsthafte Reflektanten belieben ihre Adressen unter Nr. 857 an die Expedition dieser Zeitung zu senden.

Frischluft-Ventilations-Heizung
vielfach erprobt, bewährt u. ausgeführt für Fabrikräume, Säle, Kellen, Kantinenkochküchen, Sondergut des Kerzen, der Zentral-und Etagenheizungen, ist billig in Anlage u. Betrieb. Einbau unter Garantie, Prospekt 8 Vl. gratis. Verschlüsse kostenlos.
Lüftungswerke G. m. b. H. Frankfurt a. M.
Ingenieur-Verkauf Berlin zu vergeben.

EXPRESS TELL Geco
Tell Express Geco Rauchfreies Rosse
die hervorragenden Qualitätsmarken
Zu haben bei allen Büchsenmachern und Waffenhändlern
Gustav Genschow & Co. Aktiengesellschaft

Für den Kommenden Winter
ist noch dem amtl. Gutachten der Chem. Hochschule der ideale P. W. 363664 geschützte
Sparherd „Selbsthilfe"
ein Hausgegenstand von größter wirtschaftlicher Bedeutung
Mit 1,8 kg Braunkohle ein Mittagessen für 4 Personen und ein behagliches warmes Zimmer
Gleichzeitiges oder getrenntes Braten, Backen, Kochen, Heizen. Einfachste Bedienung und Reinigung.
Ueberall aufzustellen
Begeisterte Anerkennungsschreiben von Reich und Arm.
Konkurrenzlos billig!
Provinz-, Bezirks- und Ortsvertretungen vergibt
Hemsoth-Handel-Hamburg G. m. b. H.
Schauenburger Strasse 37
Hamburg 1.

Theater-Spielplan

8. September.

Opernhaus.	(182.) 6½	Der Schatzgräber.
Schauspielhaus.	(202.) 7½	Wilhelm Tell.
Deutsches Theater.	8	Das Kreidekreis.
Kammerspiele.	7½	Frühlings Erwachen.
Lessing-Theater.	7½	Wie es euch gefällt.
Gr. Schauspielhaus.	7½	Sommernachtstraum.
Deutsch. Künstler-Th.	7½	Der Hirt u. Vorspielen.
Th. d. Königgrätzerstr.	8	Der Clown Gottfich.
Berliner Theater.	7½	Süße Gift.
Kurfürstendamm-Th.	8	Die Dame m. d. Monokel.
Schloßpark-Theater.	8	Als ich wiederkam . . . .
Kleines Haus.		Die Ehe.
Tribüne.	8	Die Hose.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz	7½	Zu hoch Weiber u. Windsor
Neues Volkstheater.	7½	Emilia Galotti.
Central-Theater.	8	Deutsche Wirtschaft.
Deutsches Opernhaus	7½	Rigoletto.
Gr. Volksoper. Theater d. Westens	7½	Julius Cäsar.
Komödienhaus.		Geisterfallen.
Lustspielhaus.		Geisterfallen.
Metropol-Theater.	7½	Die Schöne der Frauen.
Neues Operettenth.	7½	Katin, die Weise.
Neues Theater am Zoo.	7½	Wen 5 bis 7.
Schiller-Theater.	7½	Nathan der Weise.
Thalia-Theater.		Geisterfallen.
Theat. Nollendorfplatz	7½	Wein Freund, der Tokai.
Th. Kommandantenst.		Geisterfallen.
Wallner-Theater.	8	Die tolle Lola.
Residenz-Theater.	8	Der gute Ruf.
Trianon-Theater.	8	Die reizende Tochter.
Kleines Theater.	8	Clarissa halbes Herz.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Finanzgebarung des Reichs.

3. Augustdekade.

Nachdem schon vom Reichsfinanzministerium über den Stand der schwebenden Schuld am 31. August veröffentlicht worden ist, kann der Ausweis der Reichshauptkasse über die Finanzgebarung des Reichs in der 3. Augustdekade nicht mehr überraschen. Er zeigt das übliche Bild zurückbleiben der Reichseinnahmen und gleichzeitig ein groteskes Anschwellen der Ausgaben.

Als Ausgaben des Reichs in der 3. Augustdekade werden 566,741 Billionen Mark gegen 250,534 Billionen in der Dekade vorher ausgewiesen. Diese Ausgaben wurden wieder in der Hauptsache durch Ausgabe von Schatzanweisen — die dadurch auch in grösserem Maasstabe im Publikum abgesetzt werden konnten — gedeckt. Nur ein winziger Bruchteil liess sich aus den ordentlichen Einnahmen bestreiten. Diese betrugen 33,916 Billionen Mark gegen 4,47 Billionen in der Vorwoche. Dieses in sich ziemlich bedeutende Steigerung der Einnahmen darf man jedoch nicht falsch einschätzen: 27,501 Billionen Mark der Gesamteinnahmen werden nämlich als „Einzahlungen auf fundierte Schuld" bezeichnet, dürften also bis auf einen verschwindenden Teil aus den Einzahlungen auf die am 15. August aufgelegte Goldanleihe resultieren.

Die Mehrausgaben in der dritten Dekade resultierten — wie üblich — aus den Anforderungen der Reichsbahn zur Bestreitung ihrer Aufwendungen im Eisenbahnbau und der erhöhten Beamtengehälter, ferner aus den „Vorschusszahlungen" des Reichs an die Beamten, aus den Aufwendungen für „Milderung wirtschaftlicher Schäden im Ruhrgebiet" und für Ausführung des Friedensvertrages. Die Reichsbahnbeteiligung beanspruchte allein 178,713 Billionen Mark gegen 62,087 Billionen Mark in der Dekade vorher. Näheres geht aus der nachstehenden Tabelle hervor.

Ausgaben und Einnahmen des Reiches ohne schwebende Schuld.

Datum	In Millionen Mark Ausgaben	Einnahmen	Mess-Ziffern Ausgaben	Einnahmen
Durchsch.-Dek. 1913	70,7	57,7	= 1	= 1
„ „ 1922	1293	997	17,3	5,0
„ „ 1923	1268	966	16,8	10,4
1. Okt.-Dek. 1922	44930	5429	672,6	94,1
1. Nov.-Dek. 1922	77093	16825	1003,5	291,5
1. Dez.-Dek. 1922	124881	19906	2330,2	344,9
1. Jan.-Dek. 1923	162480	46375	2304,7	803,6
1. Febr.-Dek. 1923	481544	150699	6872,9	2611,0
1. März-Dek. 1923	848511	41989	12032,8	715,5
1. April-Dek. 1923	777009	175009	11034,4	3033,1
„ „ 1923	863528	145060	12257,7	2514,4
3. „ 1923	675894	178033	9557,7	3085,4
1. Mai-Dek. 1923	705786	604348	10011,1	10404,6
2. „ 1923	935498	570763	13269,4	9718,6
3. „ 1923	1146077	285858	23345,5	4914,3
1. Juni-Dek. 1923	1754432	236557	25467,1	4413,7
2. „ 1923	2749012	289053	39644,1	4861,0
3. „ 1923	7417545	155865	107097,1	2608,3
1. Juli-Dek. 1923	6375483	259508	94987,6	4497,4
2. „ 1923	12405050	342373	184813,4	5870,9
3. „ 1923	18270053	460150	271911,5	7971,0
1. Aug.-Dek. 1923	[illegible]	[illegible]	[illegible]	31043,5
2. „ 1923	[illegible]	4347301	[illegible]	77250,0
3. „ 1923	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Steigerung der Grosshandelspreise um 76 %.

Infolge der akuten Markverschlechterung hat sich das Niveau der Grosshandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Woche vom 28. August bis 4. September um 76 % auf das 2 961 552 fache des Friedensstandes erhoben. Das Dollar stieg gleichzeitig von 6,4 Mill. Mark auf 13 Mill. Mark oder um 106 %. Demgemäss hat sich das Goldniveau der Grosshandelspreise von 111,2 % Gold am 28. August auf 93,3 % Gold am 4. September gesenkt. Dabei sind die Einfuhrwaren mit einer Steigerung um 109 % auf das 3 840 068 fache der Bewertung des Dollarkurses unterschreitet folgt, während die Inlandswaren um 68,6 % auf das 2 809 705 fache anzogen. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittel (im Grosshandel) um 101 % auf das 2 001 554 fache und die Industriestoffe um 60,3 % auf das 4 813 695 fache des Friedensstandes. Für den Durchschnitt August ergibt sich unter Berücksichtigung aller während des Monats geltigten Notierungen gegen den Durchschnitt Juli eine Steigerung der Grosshandelsindexziffer um 162 % auf das 944 041 fache des Friedensstandes. Der Dollar wurde im Durchschnitt August mit 4 630 455 M. gegen 353 412 M. im Durchschnitt Juli oder um 1297 % höher bewertet. Von den Hauptgruppen der Grosshandelsindexziffer stiegen gleichzeitig die Einfuhrwaren um 1222 % auf das 1 325 588-fache, die Inlandswaren um 1145 % auf das 867 771 fache, ferner die Lebensmittel (im Grosshandel) um 915 % auf das 658 601 fache und die Industriestoffe um 1483 % auf das 1 478 063 fache des Friedensstandes.

Unklarheiten am Eisenmarkt. Aus Köln erhalten wir Mitteilung: Am 4. September hat in Unna eine Sitzung des Richtpreisausschusses stattgefunden, die schon auf den 31. August anberaumt gewesen, dann aber von Stahlwerk verlegt wurden war. Ein Beschluss über neue Preise konnte dabei nicht zustande gebracht werden, so dass vorläufig noch die bisherigen Preise bestehen bleiben, in den Verhandlungen rechnete die Werke vor, dass die Selbstkosten sich ganz ausserordentlich erhöht haben, so dass selbst bei Verzicht auf Gewinn und Erneuerung ein Grundpreis für Stabeisen auf der Grundlage von 16 engl. Pfund die Tonne sich ergebe. Dabei erklärten die Werksvertreter, dass sie vorläufig auf eine Forderung auf der Grundlage von 14 Pfund für die Tonne für Stabeisen beschränken zu wollen. Mit dem Hinweis darauf, dass die bisherigen Zahlungsbedingungen für die Werke grosse Verluste erbracht hätten, verlangten deren Vertreter weitere Vorauszahlung nach Fertigstellung vor dem Versand und zwar auf Grund des bei Zahlungsbeginn maßgebenden Pfundkurses. Diese Forderung wurde jedoch abgelehnt, ebenso ein weiterer Vorschlag der Werke, den Preis für Stahlwerkeisen vorläufig auf die Grundlage von 10 Pfund die Tonne zu stellen. Inzwischen ist der Reichswirtschaftsminister um eine Besprechung ersucht worden, die noch für diese Woche vorgesehen war. Nach deren Beendigung soll eine neue Sitzung des Richtpreisausschusses stattfinden.

Neue Sachwert-Anleihen. Die Bayerische Vereinsbank in München erhielt als Gesellschaftsanteil von 5 % Goldpfandbriefen zu 300 000 Goldmark, die 107 526,87 g Feingold entsprechen, ferner von 5 % Roggenpfandbriefen auf den Gegenwert von 30 000 Ztr. Roggen. — Die Stadt Oels, Reg.-Bez. Breslau, erhielt die Ermächtigung zur Ausgabe von 5 % Roggenanleihe bis zu 200 000 Zentnern Roggen und Wertsicherungsanleihe.

Zuckerstatistik. Nach dem amtlichen Ausweis über Juli betrug die gesamte Herstellung von Zucker vom 1. September 1922 bis 31. Juli d. J. in Rohzucker 14,46 Mill. Ztr. gegen 12,90 Mill. dz). In den freien Verkehr gesetzt wurden im Juli Kristallzucker 1 020 710 dz (1 135 872), davon aus dem Auslande 2297 dz (406 438) stammen.

Zuckersteuer. Ab 9. September beträgt die Abgabe vom Stärkezucker 4,9 Mill. M., von anderem Zucker 12,5 Mill. M. von 100 kg Reingewicht.

Deutsche Arzneitaxe. Die Schlussealbl beträgt ab 8. September 46 000.

Neue Schlüsselzahlen. Der Verein der Likörfabrikanten und Branntwein-Interessenten von Gross Berlin und der Provinz Brandenburg hat in Verbindung mit dem Verbande Deutscher Spirituos- und Spirituosen-Interessenten die Mindestverkaufspreise für Fertigspirituosen mit Wirkung ab 8. September auf Goldmarkbasis mal Jewella geändernen Goldeinlaufgeld festgesetzt. — Der Deutsche Kranverband hat für die Zeit ab 1.—4. September eine Preisänderung für Kranzalgen um 76 %, bezogen auf die Preise von 29.—31. August, und ab 5. September eine Erhöhung von 18 %, bezogen auf die Preise vom 1.—4. September, festgesetzt

Erwerbsgesellschaften.

Gründung der Deutschen Zuckerbank A.-G., Berlin. Ueber die schon angekündigte Gründung erhalten wir nunmehr folgende Mitteilung: Unter Mitwirkung der Deutschen Bank und der Commerz- und Privat-Bank, Berlin, ist die „Deutsche Zuckerbank A.-G." mit dem Sitze in Berlin mit einem vorläufigen Kapital von 10 Millionen Mark gegründet worden. Die Aufgabe der Zuckerbank ist die Ausgabe von Zu c k e r r e n t e n b r i e f e n, die auf den Goldwert einer bestimmten Menge Zucker lauten, deren Erlös dazu bestimmt ist, den Fabriken Darlehnsmittel als Weiterbestände Grundlage zu beschaffen. Der erste Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus Herrn Kommerzienrat Dr. Rabbethge, Kleinwanzleben, als Vorsitzenden, Direktor Dr. Brükner, Stralsund, als stellvertretenden Vorsitzenden, Rittergutsbesitzer von Schack, Weidenhof bei Bernstadt (Schlesien), Direktor Hanow, Nauen, Fabrikbesitzer Lo e w e, Wolmirstedt, Rittergutsbesitzer von Schwarz, Abbesse (Hannover), Direktor Dr. Köhler, Maluch (Schlesien), Bankdirektor Paul Millington Herrmann (Deutsche Bank), Bankdirektor M. Schulze (Commerz- und Privat-Bank). In den Vorstand wurde Assessor a. D. Hans Herr gewählt.

Deutscher Kredit-Verein, A.-G., Berlin. Die gestrige Generalversammlung genehmigte einen Handelsbetrieb von 4 Millionen die Erhöhung des Aktienkapitals um 470 auf 500 Mill. M. Die neuen Aktien sollen zum Kurse von 1000 % ausgegeben werden, von denen 250 Mill. M. die Deutsche Privatbank A.-G., Berlin, und 250 Mill. M. die Firma Droste u. Erwes, Bochum, übernimmt. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Mit dem beiden genannten Banken wurde eine Interessengemeinschaft abgeschlossen; diese verpflichten sich, dem Kreditverein sämtliche Devisen und Effektengeschäfte zuzuführen. Ferner wurde beschlossen, die Firma zu ändern in Ostdeutsche Effekten-Bank A.-G. Die Opposition, welche bisher geltend machte, dass den Aktionären kein Bezugsrecht eingeräumt wurde, gab Protest zu Protokoll. In den Aufsichtsrat wurde neu gewählt Exzellenz Dr. Becker, ehem. Reichswirtschaftsminister, Bankier Wilhelm Droste, Bochum, Direktor Heinrich Strauss, Oberkassel, Geheimrat Hugenberg, Ministerialdirektor Meidenhauer, Präsident Freiherr von Schwerin, Warzow bei Meckl., Bankdirektor Friedrich Swart, Posen, und Landesökonomierat Wegener, Posen.

Bayerische Industrie- und Privatbank A.-G., München. Unter diesem Namen wurde von Privatbanken, Handels- und Industriekreisen ein neues Bankunternehmen mit einem Kapital 4 Milliarden Mark gegründet.

Held u. Francke A.-G., Berlin. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 183 auf 310 Mill. M. durch Ausgabe von 170 Mill. M. Stammaktien und 6 Mill. Deutsche Aktien Lit. B. Von den neuen ab 1. Oktober 1923 gewinnberechtigten Aktien, welche ein Konsortium unter Führung der Commerz- und Privat-Bank zu 190 % übernimmt, sollen 96,8 Mill. M. den Aktionären im Verhältnis von 5:4 zum Preise von ½ Dollar (Dollarnoten) zum Bezuge angeboten werden. Die restlichen 86,2 Mill. M. sollen bezahlte Verwaltungsrechte, davon 3 Mill. M. der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Aktien Lit. B übernimmt das Konsortium zum Kurse von 500 000 %. Für Ministerialrat Damm, welcher sein Mandat niederlegte, wurde Geheimrat Lenmann, Berlin, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Börse.

Die **Nachbörse** war anfangs fest auf weiter steigende Devisenkurse, gegen Schluss aber erfolgte verschiedentlich Realisationen. Rheinische Montanwerte erzielten heute Kurse von Milliardenprozenten, eine neue Etappe der Bewertung von Aktien. Harpener, die amtlich nur „gestrichen Geld" notierten, wurden zu 1 Milliarde % umgesetzt, ebenso Hoesch, Phönix, Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen, letztere erreichten nachbörslich 1¼ Milliarde %. Ferner erzielten Phönix 800 M., Rheinstahl 700 M., Gelsen. 600 M., Deutsch-Luxemburg 35 M., Bing 50 M. (nach 60 M.), Juli Berger 25 M., Laurahütte 220 M., A. E. G. 60 M., Nordd. Lloyd 87 M., Packerfahrt 220 M., Daimler 17 M., Deutsche Petroleum 130 M., Deutsche Erdöl 400 M. In Bankaktien traten wieder stürmisches Geschäft, Mitteldeutsche Credit wurden in grossen Posten gehandelt zu anfangs 3550, später bis 31 M. Commerzbank Kuxe; Disconto 160 M., Deutsche Bank schwächer, 110 M., Darmstädter 90 M., Commerzbank 45 M., Wiener Bankverein 4,25 M., Oesterr. Credit 6,5 M. — Canada blieben notlos, ein Umsatz erfolgte später 250 M. Stöhr Kunstseiden erreichten 500 M.

Auszahlung London wurde nachbörslich mit 27754 bis 275 M. gehandelt, Dollarnote nominell 60 M. Dollarschatzscheine anfangs 52, später 49 M.

Bergwerke vom 7. 9. Eisinger-Werke (Gr. G.), Hagen — G., Frankfurter Allgem. Vers. — Tuchfabrik Aachen (Gr. G.), Eschweiler Chemische Anstalt — G., Stettiner Dampfer 50 000 b., Dt. Eisenbahn-Betriebs 4000 M. b., Leipziger Reibeck 5000 b., Ostbote —, Humboldt Mühle 3000 b., Ritter — G., Miag — G., J. O. Preuss — G.

Frankfurt a. M., 7. September.

Frankfurter Bank	5000	Ringler	15000
Frankfurter Hypothek	2000	Schuchmann	2000
Frank. Versicherg.	5000	Faber & Schleicher	6000
Dt. Hypoth. Bank	2000	Pokorny & Wittek	5000
Metallg. u. Met.-G.	200000	Seligenstädter Aktien	5000
Pfälzer Verzuckerg.	2000	Frank. Asphalt	2000
Stadt. Elsech. Ges.	—	Maschinenf. Nürnb.	—
Frank. Hof Brauerei	3000	Bayerische Bank	300
Zuloa. u. Papierf.	20000	Pfälz. Mühlenwerk	15000
Frank. Gummiw.	2000	L. A. Riedinger	—
Stadt. Immobilien	6000	Schnellpressenfab.	—
Port.-Zem. Karlst.	2000	Frankenbrau	20000
Waggo & Freytag	20000	Philipp A.-G.	15000
Brauer-Aktien	2000	Frankf. Hofbräu	—
Ges. u. Bers. Bier	15.00	Schlitzer & Co.	—
Schöfferhof-Bräu	4000	Schöfferhof-Bier	3000
Binding-Aktien	17000	Schöfferhof-Wolf	—
Dt. Kühlerb. Bd.	—	Stadtl. Stangenbad	—
Farbw. L. Hüchster	—	Slania	—
Adler & Oppenheim	4000	Dt. Erd. Bitting.	—
Schramm Lack	20000	Vorläufige Kuxen	—
Mitteldeutsche Bank	3000	Ostbote	15000
Frang Frankf. a. M.	5000	Teakerf. Waghäusl.	—
Frank. Gummiw.	2000	Ostbote	—
Voigt & Haeffner	10000	Dt. Effekten	40000
Bankgesellschaft	2000	Dt. Erdöl	—
Kautwerke Fissen	20000	Bembers-Gardin	—
Bauverwaltung	2000	Gebhardt & Koch	20000
Felsenkeller, Aktie	20000	Hartmann & Br.	18000
Lederwerke Offenb.	2000	Bayerische Zucker	20000

Hamburg, 7. Septbr. (In Tausenden.)

D.-Afrika-Linie	7. 9.	5. 9.	
Hapag	140000	160000	
S.-Amerikanerbank	3000	Eisenbahn	12000
Woermann-Linie	—	Lederf. Wimmer	8000
Hansa Dampf.	—	Phönix Bergb.	15000
Flensb. v. 1869	—	Ottens, Elsener	40000
Verein. Elbschl.	35000	Hansa Bank	14000
V. Berol. Fisch.	—	Winter, Papier	11000
Dampf.-Ges.	—	Deutsche Saat	6000
Schantongbahn	30000	Schröder & Co.	1500
Jutep. u. Fr. Bl.	10000	Hansa Bank	—
Harmst. u. B.-G.	45000	Hansa	—
Vereinsbank	40000	Hansa Bank	85000
Allg. Elektr.-Ges.	85000	Ascher	9.00 0/42500
Hansa Bank	40000	Jahlsche Werke	10000
Phönix	—	Ges. f. Gebäudeverw.	30000
Schuchmann	10000	Hansa	30000
Alsen Port.-Zem.	—	Stern Hansa-Bank	40000
Hansa Bank	40000	Hansa Bank	10000
Brauerei. Bremen	25000	Conserves	20000
Bremen Gummiw.	20000	Bremen Gummiw.	20000
Cuxhaven Hafen	—	Hansaplatz	—
Ver. Fischerei	50000	Hansa	15000
Schlank & Co.	60000	Hansa	—
Schwartz. Sauer	40000	Hansa	—

Düsseldorf, 7. September. (Eigenbericht).

(Zahlen in Milliarden, bei Aktien in Millionen.)

Gewerkschaft Lothringen	1000	Zahnrad Aktf.	450
Alte Essen	30	Eschweiler	650
Hasenkamp	40	Solingen	65
Gerlach	40	Schlieper	180
Carol. Magnus	60	Carlsfeld	40
Gouot, Jul.	40	Hilgers	45
Ewald	350	Stillinger & S.	175
Ilse	60	Rheinstahl	65
Gottessegen	32	Hohenfels	35
Graf Bismarck	40	Johannisbrand	22
Graf Schwerin	120	Hansa Lloyd	50
Neumühl	70	Rheinische Aktf.	90
Hohenzollern	65	Kaiserslautern	100
Jak. Bernhard	85	Berg. Bergwerkf.	90
Königg Ludwig	315	Siegfried I.	35
Gelsenkirchen	—	Siegfried II.	50
Lothringen	550	Vorkuxerdt.	50
V. Westfalen	40	Vorkuxerdt.	50
Ver. Trupp.	35	Wilhelmshall	60
Aktiv. Kohl.	45	Ilse Bergb.	300

An der heutigen Düsseldorfer Börse machte die Aufwärtsbewegung der Kurse starke Fortschritte. Auf dem Schlenkenzusammarkt erreichten schwere Werte, in denen allerdings keine Umsätze zu verzeichnen waren, Kurse von 200—350 Milliarden. So eingen Rheinstahl von 150 auf 300 Milliarden. Von Bikarbonisches Werten konnten Diergardt Ihren Kurs mehr als verdreifachen.

Valutamarkt.

Devisen im Abendverkehr abgeschwächt. Bei stillem Verkehr schwächten sich im Verlaufe des Abendverkehr die ausländischen Zahlungsmittel erheblich ab. Es wurden genannt Dollar 49 Mill. M. und engl. Pfunde 200 Mill. M.

Berliner Devisen vom 7. 9. Nachmittags: Italien 2 274 000 G., 2 285 700 B., Wien 74 812 G., 75 188 B., Prag 1 581 662 G., 1 588 993 B., Budapest 2992,75 G., 3006,25 B., Belgien 508 750 G., 521 200 B., Jugoslawien 536 600 G., 561 400 B.

Amtliche Banknotenkurse. Berlin, 7. Sept.

	7. 9. Geld	7. 9. Brief		7. 9. Geld	7. 9. Brief
Amerikanische	5296100	5312500	Serbien	65 000	65 000
Belgien	521 000	523 000	Oesterr. 1000	74312,5	75687,5
Bulgarien	5 625 0	5 675 0	Ungarn	2 993 75	3 006 25
Dänemark	1 975 00	1 985 00	Kanadische	2 493 75	2 506 25
Englische	23 940 000	24 060 000	Schweizerische	1 935 000	1 965 000
Finnische	1 453 0	1 467 0	Spanische	1 082 250	1 117 750
Französische	2 025 75	2 054 75	Tschechische	1 581 62	1 588 93
Holländische	2 084 750	2 095 250	Türkische	1 925 00	1 975 00
Japanische	2 248 750	2 285 750	Ungarische	13 965	14 035
Jugoslawische	536 600	561 400			

Zürich, 7. September. (Eigenbericht).

	7. 9.	6. 9.
Berlin	0,00005	0,00015
London	11,50	11,25
New York	254,75	255,18
Paris	29,75	29,50

Amsterdam, 7. September. (Eigenbericht).

	7. 9.	5. 9.
Berlin	0,000005	0,000015
London	11,50	11,25
New York	254,75	255,18
Paris	29,75	29,50
Zürich	12755,00	12755,00

Prag: 7. 9. 6. 9.
Amsterdam 1135,25 1135,25
Berlin 0,00070 0,00150
London 16,125 16,125
Kopenhagen 522,00 520,00
Paris 42,00 42,00
Zürich 514,00 515,00

London: 7. 9. 6. 9.
Paris 41,40 41,75
Brüssel 39,40 39,70
Zürich 25,35 25,15
Amsterdam 11,275 11,315
New York 4,52 4,51 5/8

Paris: 7. 9. 5. 9.
Berlin 0,02400 0,0240
Bukarest 8,05 —
Prag 21,50 21,50
Wien 25,50 25,00
Madrid 125,00 125,00
Brüssel 82,50 81,80
London 108,00 107,50

Madrid: 7. 9. 6. 9.
London 86,00 86,00
Paris 105,25 108,25
Italien 118,... 118,...
Wien 322,50 320,500
Prag 23,50 23,00

Amsterdam: 7. 9. 5. 9.
Berlin 0,0000 0,0000
Rom 77,50 78,00
Kopenhagen 44,00 44,00
Madrid 241,75 239,50
Stockholm 490,00 479,00
Warschau — —

Italien: 7. 9. 6. 9.
Madrid 87,75 88,75
London 105,25 108,25
Paris 118,... 118,...
Wien 322,50 320,500
Prag 23,50 23,00

Amsterdam: 7. 9. 5. 9.
Berlin 0,0000 0,0000
Rom 77,50 78,00
Kopenhagen 44,00 44,00
Madrid 241,75 239,50
Stockholm 490,00 479,00
Warschau — —

Wien: 7. September (Eigenbericht).

	7. 9.	6. 9.
Amsterdam	27850,00	27850,00
Berlin	19,00	19,00
Kopenhagen	12680,00	12680,00
London	320,00	320,00
Paris	1017,00	1032,00